

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Heft 7

- Halle 2000 -

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Redaktion: Jana Wüstenhagen (v. i. S. d. P.); Inga Grebe
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Frank Hirschinger

Die „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ in den Jahren 1947-1949, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des SED-Landesverbandes Sachsen-Anhalt..... 5

Robert Grünbaum

Trügerischer Schein. Anmerkungen zum „Ende der Buchzensur“ in der DDR im Jahr 1988.....45

Inga Grebe

Grußadressen, Kleiderspenden, Kadenschulung: Zur Solidarität der SED mit der Kommunistischen Partei Spaniens.....57

Matthias Uhl

„Betrifft: Rückgabe der Spar- und Kantinengelder der ehemaligen politischen Häftlinge der Mittelwerke“ – Der Kreisvorstand der SED Nordhausen und die versuchte Herausgabe von Häftlingsgeldern.....84

Die „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ in den Jahren 1947-1949, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des SED-Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Von Frank Hirschinger

Die Diskussion um die Ursachen der deutschen Teilung war in Ost und West jahrzehntelang von unterschiedlichen, ideologisch gefärbten Sichtweisen geprägt. Beide deutsche Staaten verstanden sich als das eigentliche, „bessere“ Deutschland und machten sich gegenseitig für den Verlust der staatlichen Einheit verantwortlich. Erst die Öffnung von Archiven in der früheren Sowjetunion und auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ermöglichte es, durch die Einbeziehung bislang unzugänglicher Archivalien zu einer differenzierteren Betrachtung der Ereignisse zu gelangen. Auch im Hinblick auf die ostzonale „Volkskongreßbewegung“ der Jahre 1947-1949, die bei der Gründung der DDR eine häufig unterschätzte Rolle spielte, konnte seitdem bedeutendes Material erschlossen werden.

Die Volkskongreßbewegung wurde von der westdeutschen Geschichtsschreibung bis zum Ende der DDR kaum zur Kenntnis genommen, sondern vor allem als Instrument betrachtet, das von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zur Unterstützung der sowjetischen Deutschlandpolitik geschaffen worden sei und dessen Aufgabe darin bestanden habe, im Sinne der SED auf das Parteiensystem der sowjetischen Besatzungszone einzuwirken. So beschrieb Hermann Weber den aus der Volkskongreßbewegung hervorgegangenen Deutschen Volksrat 1986 als „von der SED gelenktes ständiges Gremium“, das sich „selbstherrlich“ zum Repräsentanten für ganz Deutschland erklärt habe.¹

Die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands in der Bundesrepublik erschienenen Biographien von Zeitzeugen leisteten ebenfalls nur einen bescheidenen Beitrag zur Darstellung der Volkskongreßbewegung. Konrad Adenauer hielt die Volkskongreßbewegung offenbar für so unbedeutend, daß er sie in seinen 1965 erschienenen Erinnerungen nur am Rande erwähnte.² Der ehemalige SED-Politiker und Generalsekretär des Deutschen Volkrates, Erich Gniffke, schilderte die Aktivitäten der Volkskongreßbewegung zwar recht ausführlich, Gniffkes Darstellung kann jedoch aufgrund seiner früheren Funktion innerhalb des Volksrates kaum als objektiv betrachtet werden.³ Dieselbe Problematik besteht hinsichtlich der posthum veröffentlichten Tagebücher des Vorsitzenden der Liberal-

¹ Hermann Weber: Die DDR 1945-1986, München 1988, S. 16 f., 21 f.

² Vgl. Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 123.

³ Vgl. Erich Gniffke: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 268 ff., 296 ff., 304 f.

Demokratischen Partei Deutschlands (LDP), Wilhelm Külz, der in besonderem Maße zur Unterstützung der Volkskongreßbewegung durch seine Partei beigetragen hatte.⁴

Die offizielle Geschichtsschreibung der DDR bestritt zwar nicht die führende Rolle, die die SED bei der Organisierung der Volkskongreßbewegung spielte, betonte jedoch, daß 1947 „erstmalig Menschen aus allen vier Besatzungszonen, Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, mit verschiedener Weltanschauung und Parteizugehörigkeit zusammengekommen“ seien, um über die Zukunft Deutschlands zu beraten.⁵ So entstand das Bild einer überparteilichen Bewegung, in der sich Hunderttausende von Menschen angeblich freiwillig engagiert hatten. Die von westdeutschen Historikern als Unterdrückung der bürgerlichen Parteien interpretierten Maßnahmen, die während der Vorbereitung und Durchführung der Volkskongresse ergriffen worden waren, umschrieb die DDR-Geschichtsschreibung als „Festigung der antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse“ und „Klärungsprozeß“ innerhalb der Blockparteien.⁶

1992 legte Klaus Bender auf der Grundlage sowohl ostdeutscher als auch westdeutscher Archivalien und Publikationen erstmals eine umfassende Studie über die Volkskongreßbewegung vor.⁷ Die Veröffentlichung der Aufzeichnungen Wilhelm Piecks durch Rolf Badstübner und Wilfried Loth sowie die Herausgabe von Dokumenten der Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) durch Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugov und Norman M. Naimark ermöglichten ebenfalls eine Neubewertung der Ereignisse.⁸

Da sich die genannten Publikationen jedoch zum überwiegenden Teil auf Vorgänge innerhalb der Parteiführungen und der alliierten Militärregierungen bezogen, galt es zu überprüfen, welchen Verlauf die Volkskongreßbewegung auf lokaler Ebene genommen hatte. Entsprach die Durchführung der Volkskongreßbewegung auf Orts-, Kreis- und Landesebene den Vorgaben aus Berlin oder gab es regionale

⁴ Vgl. Wilhelm Külz: Ein Liberaler zwischen Ost und West. Aufzeichnungen 1947-1948, München 1989.

⁵ Bezirksleitungen Halle und Magdeburg der SED (Hg.): Vereint auf dem Weg zum Sozialismus. Geschichte der Landesparteiorganisation Sachsen-Anhalt der SED 1945 bis 1952, Halle-Magdeburg 1986, S. 406.

⁶ Heinz Heitzer: DDR. Geschichtlicher Überblick, Berlin 1986, S. 71 ff.

⁷ Vgl. Klaus Bender: Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1992.

⁸ Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994. Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1998.

Besonderheiten? Handelte es sich tatsächlich um eine überparteiliche Bewegung oder - wie von westdeutscher Seite behauptet - um ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen von SED und SMAD? Erfolgte die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien freiwillig oder setzte die Basis der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der LDP der Mitarbeit ihrer Parteien Widerstand entgegen? Welche Rolle spielte die Volkskongreßbewegung hinsichtlich der Gründung der DDR?

Diese und weitere Fragen sollen in der folgenden Untersuchung am Beispiel des Landes Sachsen-Anhalt vor allem mit Hilfe von Materialien der SED-Landesleitung, die sich im Landesarchiv Merseburg befinden, näher betrachtet werden.

Dokumente, die sich nach Abschluß der Niederschrift im Stadtarchiv Halle und im Landeshauptarchiv Magdeburg fanden, konnten leider nicht mehr berücksichtigt.

I. Die Deutschlandpolitik der SED im Vorfeld der Londoner Konferenz

Auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik befand sich die SED im Herbst 1947 in einer schwierigen Lage, da mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) keine politische Kraft der Westzonen bereit war, auf ihre Vorschläge einzugehen. Forderungen, die von den Westmächten und den Westparteien als unerfüllbar betrachtet wurden, taten ein Übriges, um eine Übereinkunft zu verhindern. So verlangte die SED in ihrem „Manifest des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an das deutsche Volk“ (24.9.1947) als Grundvoraussetzung für den Aufbau eines einigen, demokratischen Deutschlands die Enteignung der Großgrundbesitzer sowie die Verstaatlichung der Trusts und Konzerne. Weitere Kernpunkte des Manifests waren folgende Forderungen:

„Das deutsche Volk will leben. Es wartet auf einen gerechten Friedensvertrag. Auf der Londoner Außenministerkonferenz möge die Stimme des deutschen Volkes gehört werden. Unser Volk wünscht sehnlichst

- wirtschaftliche und politische Einheit,
- Klarheit über die Reparationen,
- eigenen Außenhandel,
- Volksabstimmung über die Staatsordnung,
- Zentralverwaltungen als Vorbereitung einer gesamtdeutschen Regierung,
- freien Austausch von Nachrichten und Druckschriften,
- beschleunigte Rückkehr der Kriegsgefangenen.“⁹

⁹ LAM (Landesarchiv Merseburg); LL (Landesleitung) der SED, IV/L 2/5/49, Bl. 3.

Die Forderung nach deutscher Einheit wurde von Otto Grotewohl verknüpft mit der Ablehnung des Marshall-Plans.¹⁰

Als Ausweg aus dieser Sackgasse bot sich der Aufbau einer überparteilich erscheinenden Einheitsbewegung an, wobei die SED nicht direkt in Erscheinung zu treten brauchte. Die SED löste daher im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz im Oktober 1947 eine Propagandakampagne aus, um vor allem Massenorganisationen und Betriebe zur Abgabe von Resolutionen im Sinne der SED-Politik zu bewegen. Diese inhaltlich sehr allgemein gehaltenen Entschlüsse, in denen die Einheit Deutschlands durch Volksentscheid gefordert wurde, sollten der Londoner Außenministerkonferenz vorgelegt werden. In einem Agitationsplan des SED-Landesverbandes Sachsen-Anhalt waren für die „Kampagne ‚Londoner Konferenz‘“ die Bildung von Agitationskommissionen, die Durchführung von Belegschaftsversammlungen in Betrieben sowie öffentliche Diskussionsabende der Industriegewerkschaften, des Kulturbundes (KB), des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) vorgesehen. Auf Kreis- und Ortsebene sollten Besprechungen mit den antifaschistischen Parteien und Organisationen stattfinden, Entschlüsse gefaßt („Forderung für eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands“) und gemeinsame Kundgebungen der Blockparteien durchgeführt werden.¹¹ Die SED gab u.a. folgende Losungen aus:

„Sofortige Bildung einer gesamtdeutschen Vertretung für die Londoner Konferenz

Anhörung einer deutschen Vertretung zur Londoner Konferenz

Volksentscheid für ein einheitlich-unabhängiges demokratisches Deutschland

Sofortige Errichtung zentraler deutscher Verwaltungen

Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung

Für eine gesamtdeutsche Wirtschaftsplanung

Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland“.¹²

Darüber hinaus veranlaßte der SED-Landesverband Sachsen-Anhalt Anfang November 1947 eine Volksbefragung im Stadt- und Landkreis Zeitz, um den Beweis zu erbringen, daß das deutsche Volk hinter der Forderung nach deutscher Einheit stehe. Erwartungsgemäß sprachen sich während dieser „offenbar generalstabsmäßig geplanten Aktion“ 93,8% der Befragten für die Durchführung eines Volksentscheides aus.¹³

¹⁰ Vgl. Bender: Deutschland, S. 96 f.

¹¹ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 197 ff.

¹² Ebd., Bl. 203.

¹³ Bender: Deutschland, S. 99.

Der Einschätzung Benders ist angesichts der im SED-Parteiarchiv Merseburg befindlichen Dokumente voll und ganz zuzustimmen, denn nach eigenen Angaben brachte die SED im Kreis Zeitz 3.000 Plakate, 45.000 Flugblätter, 15.000 Aufrufe und 10.000 Unterschriftenlisten zum Einsatz.¹⁴ An alle Personen, die in Zeitz und Umgebung mit der Sammlung von Unterschriften befaßt waren, ergingen folgende schriftliche Anweisungen:

„Zur besonderen Beachtung!

a) Jeder Einwohner über 18 Jahre ist unterschriftsberechtigt.

b) Es darf keine Person ausfallen.

c) Bei Abwesenheit nochmals aufsuchen.

d) Keiner der Beauftragten dürfte bei dieser wichtigen Aktion, die die Zukunft unseres Vaterlandes betrifft, beiseite stehen und die Mitarbeit verweigern. Für diese Aktion muß alles andere einmal zurückgestellt werden. ...

f) Die einzelnen Unterschriftensammler sollen aus dem jeweiligen Haus oder bei kleineren Häusern aus dem Häuserblock gestellt werden, da sie über die Bevölkerung am besten Bescheid wissen. Sie sollen nicht warten, bis die Bevölkerung kommt, sondern gewissenhaft Wohnung für Wohnung durchgehen.“¹⁵

Offenbar sollte auch im Kreis Wernigerode eine Volksbefragung über die Einheit Deutschlands durchgeführt werden. Eine vorbereitende Sitzung des Antifa-Blocks fand am 17. November 1947 jedoch ohne die Vertreter der LDP statt, da die LDP ihre Mitarbeit von der Besetzung eines hohen Verwaltungspostens in der Kreisverwaltung Wernigerode mit einem LDP-Mitglied abhängig machte. Die LDP erklärte sich zwar grundsätzlich dazu bereit, den Aufruf zur Volksbefragung zu unterschreiben, lehnte aber eine aktive Mitarbeit ab.¹⁶ Für die Abhaltung der Volksbefragung in Wernigerode gibt es keine weiteren Hinweise.

Massenorganisationen wie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die FDJ, der DFD, der Kulturbund und die VdgB reagierten auf die Propaganda-Offensive der SED ganz im gewünschten Sinne. Harter Widerstand zeigte sich dagegen von Seiten der Ost-CDU unter ihrem Vorsitzenden Jakob Kaiser, der sich trotz mehrerer Aussprachen und einer gegen ihn gerichteten Kampagne des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ einer gemeinsamen Erklärung der Blockparteien verweigerte.¹⁷ Über die Schwierigkeiten, die sich zwischen der SED und

¹⁴ Die Unterschriftenliste war überschrieben mit folgenden Worten: „Ich bekenne mich durch meine Unterschrift zur Durchführung einer Volksabstimmung in ganz Deutschland ‚Für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands in einer fortschrittlich-demokratischen Republik‘“. LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 72.

¹⁵ Ebd., Bl. 71 ff.

¹⁶ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/55/26, Bl. 405.

¹⁷ Vgl. Bender: Deutschland, S. 98 ff.

den bürgerlichen Parteien während der Durchführung der Blockkundgebungen zum Beginn der Londoner Konferenz im Kreis Eisleben/Mansfelder Seekreis ergaben, berichtete der dortige SED-Kreisvorstand am 23. November 1947:

„Während die Redner der SED besonders auf die Notwendigkeit der verstärkten demokratischen Entwicklung in Deutschland hinwiesen, benutzten vor allem die Vertreter der LDP diese Versammlungen, um aus ihnen für ihre Partei propagandistische Erfolge zu erzielen. Während es ihnen bei Werbeveranstaltungen nicht gelingt, einen größeren Zuhörerkreis zu gewinnen, gaben ihnen diese Veranstaltungen die Möglichkeit, ihre demagogischen Ausführungen in einem größeren Kreis der Bevölkerung darzulegen. Auch die CDU versuchte, mit den gleichen demagogischen Mitteln bei der Bevölkerung Anklang zu finden. ... Die Redner führten unter anderem im Einzelnen aus: Herr Gottfried: ‚Deutschland muß wieder ein Rechtsstaat werden.‘ ... ‚Die Arbeiter haben ja kein Interesse mehr an einer Steigerung der Produktion, solange sie nicht wissen, wohin dieselbe geht.‘ ... Abschließend muß gesagt und besonders klar herausgestellt werden, daß die bürgerlichen Parteien an der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen soviel wie gar kein Interesse zeigten ...“¹⁸

Da eine gemeinsame Erklärung der Blockparteien am Widerstand der CDU scheiterte, trat die SED-Spitze am 26. November 1947 zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung zusammen. Auf Vorschlag Otto Grotewohls erließ der Parteivorstand einen Aufruf zu einem „Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“, der am 6./7. Dezember 1947 in Berlin stattfinden sollte:

„Aufgrund bereits vorliegenden Einverständnisses vieler Organisationen schlagen wir vor: Alle antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, Betriebsräte und Belegschaften großer Betriebe, Organisationen der Bauernschaft, Vertreter der Wissenschaft und der Kunst in ganz Deutschland sollen ihre Stimme gemeinsam für das deutsche Volk erheben.“¹⁹

Für die Tagesordnung des Kongresses waren folgende Punkte vorgesehen:

1. Der Wille des deutschen Volkes für einen gerechten Frieden, für Demokratie und Einheit Deutschlands. Referate und Aussprache.
2. Wahl einer Delegation zur Londoner Außenministerkonferenz.

Parteien, Massenorganisationen und Gewerkschaften wurden dazu aufgefordert, Delegierte zum Volkskongreß zu entsenden. Ebenso

¹⁸ LAM; LL der SED IV/L 2/5/52, Bl. 17 f.

¹⁹ Zit. nach: Bender: Deutschland, S. 106.

berücksichtigte man zur Betonung des überparteilichen Anspruchs bekannte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kirchen und Kultur.

II. *Der 1. Deutsche Volkskongreß vom 6./7. Dezember 1947*

a) *Organisatorische Vorbereitung durch den SED-Landesverband Sachsen-Anhalt*

Bereits am 27. November 1947, einen Tag nach der außerordentlichen Sitzung des SED-Vorstandes in Berlin, konstituierte sich unter der Führung des Landtagspräsidenten Bruno Böttge (SED) ein „Landeskomitee Sachsen-Anhalt für Einheit und gerechten Frieden“. An die Bevölkerung des Landes und an Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kultur erging der Aufruf, sich für den Volkskongreß auszusprechen und zustimmende Erklärungen in Funk, Presse und durch Zuschriften an das Landeskomitee bekannt zu machen.²⁰ Für Sachsen-Anhalt waren nach dem Verteilungsschlüssel 200 Delegierte vorgesehen, von denen 40 auf die Stadt Halle, 60 auf den Bezirk Halle, 65 auf den Bezirk Magdeburg und 35 auf Dessau und die anhaltischen Gebiete entfallen sollten. Die starke Repräsentierung Halles und des südlichen Sachsen-Anhalt wurde vor allem damit begründet, daß Halle als Universitätsstadt gute Möglichkeiten zur Gewinnung von Persönlichkeiten bot und daß sich die wichtigsten Industrien des Landes im Umkreis der Stadt befanden.²¹ Am 28. November 1947 beschloß das Landeskomitee, auch Kreis- und Stadtkomitees zu gründen, die bis zum 3. Dezember 1947 Volkskongreßteilnehmer melden sollten.²² Wie eine undatierte Namensliste zeigt, beteiligten sich außerdem noch verschiedene andere politische Gremien und Organisationen an der Delegierung von Volkskongreßteilnehmern aus Sachsen-Anhalt:

Landtagspräsident Bruno Böttge (SED), Ministerpräsident Erhard Hübener (LDP) und der Magdeburger Intendant Hans Geisler erhielten direkte Einladungen nach Berlin. Die übrigen Teilnehmer wurden entweder vom Landeskomitee - darunter verschiedene Minister - vom Landtag (Abgeordnete), den Massenorganisationen, Gewerkschaften, Betrieben oder der Universität Halle delegiert.²³

²⁰ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 4.

²¹ Vgl. ebd., Bl. 30.

²² Vgl. ebd., Bl. 29.

²³ Vgl. ebd., Bl. 36 ff. Unter den Massenorganisationen beteiligten sich nach Angaben der Liste in Sachsen-Anhalt die VVN, der DFD, der Kulturbund, die FDJ und der FDGB. Gesondert genannt wurden außerdem die Landesvorstände der IG Chemie, der IG Metall und der Angestellten-gewerkschaft sowie die Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher Sachsen-Anhalt. Weitere Meldungen gingen aus von den Industrie-Werken, der SED-Parteizeitung „Freiheit“, dem Landesverband der Kleingärtner, der Landeshandwerkskammer, den Karosserie- und Fahrzeugwerken Halle, der Kunstschule Giebichenstein, der Kammer der Technik, der Staatlichen AG für Brennstoff-

Für die SED stand von Anfang an fest, daß sie die Führung der Volkskongreßbewegung nicht aus der Hand geben würde. Auf einer Sitzung der SED-Kreisvorsitzenden der Bezirke Halle-Merseburg und Dessau, die sich am 29. November 1947 mit der organisatorischen Vorbereitung des Volkskongresses befaßten, erklärte Bruno Böttge ohne Umschweife, worum es ging:

„Der Grundsatz, an dem wir festhalten müssen, ist der, daß dieser Volkskongress kein Parteikongress werden soll und wir trotzdem die Führung in dieser Angelegenheit nicht verlieren dürfen. Wenn die 1.200 Delegierten aus Deutschland zusammenkommen und es sich herausstellte, daß über zwei Drittel SED-Mitglieder sind, dann müßte er nach dem Westen und London hin seine Wirksamkeit verlieren.“²⁴

Im Hinblick auf die für den 2. Dezember 1947 anberaumte außerordentliche Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt führte Böttge aus:

„Zweck dieser Landtagssitzung ist, eine Delegation aus dem Landtag heraus zum Volkskongress zu wählen. Ihr seht, Genossen, dass wir es fertig gebracht haben, die Angelegenheit auf neutrales Gleis zu schieben, dass wir als SED möglichst in [den] Hintergrund getreten sind. Ich bitte darum, draussen überall dafür zu sorgen, daß schnellstens über den Kreistagsvorstand diese Komitees gebildet werden. Es ist viel besser, die Kundgebungen werden veranstaltet von diesen Komitees als von der Partei aus. Wir wollen eine Volkskundgebung aus dieser Geschichte machen. Dann muss dafür gesorgt werden, dass von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Zustimmungserklärungen kommen, die in Presse und Rundfunk veröffentlicht werden. ... Wenn ich hier sage, dass die SED in den Hintergrund treten soll, so braucht ihr keine Befürchtungen hegen, dass der Kongress andere Bahnen nehmen würde, das ist unbegründet. Wir haben immer noch die Möglichkeit, wenn von unseren 200 Delegierten 160 oder 170 parteilose sind oder vom DFD usw., dieses in irgendeiner Form auszubügeln.“²⁵

Die vorbereitenden Aktionen in den Kommunen und Kreisen wurden von den Untergliederungen der SED minutiös geplant und dienten dazu, möglichst viele Einwohner für die Volkskongreßbewegung zu mobilisieren. Dabei wurde sowohl auf der Ebene der Parteien, der Gemeinderäte, der Stadträte, der Kreistage, als auch in Betrieben und Schulen agitiert. Der Ablauf solcher Kampagnen glich sich häufig und zeigte in vielen Punkten Übereinstimmung. Stellvertretend für viele ähnliche Abläufe soll deshalb an

industrie, der Universität und der Staatlichen Hochschule für Musik und Theater.

²⁴ Ebd., Bl. 29.

²⁵ LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 29 f.

dieser Stelle die Volkskongreß-Kampagne im Kreis Jerichow I dargestellt werden:

„28.11.47: Zusammenkunft und Aussprache der Blockparteien - FDGB - DFD - SED.

Thema: Wie stellen wir uns zum Volkskongress? ...

SED, LDP und die Massenorganisationen stimmen zu. CDU nimmt eine abwartende Haltung ein.

29.11.47: ... Alle Kreisvorsitzenden

Thema: Der Volkskongress und unsere Aufgaben

Referent: Koenen

Flugblätter und Plakate werden verteilt, für den Kreis und Burg 60 Plakate und 14000 Flugblätter.

Aussprache der führenden Genossen bei Oberbürgermeister.

Thema: Organisierung zum Montagnachmittag im Rathaus für Volkskongress.

1.12.47: Kreiskongress in Burg, Rathaus 14.00 Uhr.

Anwesend CDU, LDP, SED, DFD, FDGB.

Zustimmung zum Volkskongress. ...

2.12.47: Betriebsversammlung in Burg

19 Betriebe. Anwesend zusammen: 2346.

Thema: Der Volkskongress

Referenten: 2 CDU, 2 LDP, FDGB, SED und DFD.

Annahme von 18 Resolutionen.

3.12.47: Kreiskongress in Burg. Anwesend alle Parteien. Anwesend: 484.

... Annahme einer Resolution. Wahl von Delegierten:

Giensch (SED), Johansen (LDP), Hissen (CDU), Kramer (DFD), Schmidt (FDGB)

Ausserordentliche Stadtverordnetensitzung. Alle Parteien anwesend.

Thema: Zustimmung zum Volkskongress.

Resolution angenommen. Anwesend: 28.

5.12.47: Ausserordentliche Kreistagssitzung

Thema: Zustimmung zum Volkskongress

Annahme einer Resolution

6.12.47: Abfahrt der Delegierten nach Berlin

Nur drei Delegierte erhielten Delegiertenkarten

Giensch (SED), Johansen (LDP), Hissen (CDU)

Öffentliche Gemeindevertreter-Versammlungen ...

3.12. bis 6.12..47: in 17 Ortsgruppen Versammlungen mit SED, CDU, LDP

1856 [Anwesende]

in allen Schulen Resolutionen, Unterschriften von Lehrern 207“.²⁶

²⁶ LAM; LL der SED IV/L 2/5/52, Bl. 7 f.

b) Die nichtkommunistischen Parteien zwischen Ablehnung und Unterstützung der Volkskongreßbewegung

In der Bewertung der Einladung zum Volkskongreß zeichnete sich unter den nichtkommunistischen Parteien keine einheitliche Reaktion ab. Die Frage, ob man im Interesse der deutschen Einheit an einer von der SED initiierten und dominierten Veranstaltung teilnehmen solle oder nicht, stellte besonders die LDP und die CDU vor eine Zerreißprobe.

Die geschlossenste und kompromißloseste Haltung ging von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) unter maßgeblicher Beteiligung Kurt Schumachers aus. Nach Ansicht der SPD-Führung war der Versuch einer deutschen Einmischung während der Londoner Konferenz wenig erfolgversprechend, da zunächst die Siegermächte zu einer Einigung gelangen müßten. Darüber hinaus betrachtete die SPD die Volkskongreßbewegung als Versuch der SED, in den Westzonen Fuß zu fassen und die sowjetische Deutschlandpolitik zu unterstützen. Die Umstände der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im April 1946 waren noch in deutlicher Erinnerung und bewogen die SPD, sich an keiner überparteilichen Initiative zu beteiligen, solange die SPD in der SBZ nicht zugelassen war. Eine nationale Repräsentation der Parteien sollte nach Vorstellung der SPD nicht paritätisch, sondern den realen politischen Kräfteverhältnissen entsprechend zusammengesetzt sein. Man betrachtete die SED als undemokratische Partei, die in Wirklichkeit nicht den Willen des deutschen Volkes, sondern die politischen Ziele der sowjetischen Besatzungsmacht umsetzen wolle. Besonders deutlich wird die ablehnende, betont nationale Haltung der SPD anhand einiger Äußerungen Kurt Schumachers, der die Politiker der SED einmal als die „Quislinge einer fremden Macht“ bezeichnete und sich weigerte, „deutsche Kulissen für eine antideutsche Inszenierung“ aufzustellen.²⁷ Folglich erklärte der SPD-Parteivorstand die Unterstützung des Volkskongresses für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD. Dennoch erhob sich an der SPD-Basis vereinzelt Widerspruch: In Hamburg schlossen sich 300 SPD-Mitglieder - darunter viele vom Ausschluß bedrohte oder bereits ausgeschlossene Mitglieder - zur Gruppe „Oppositionelle Sozialdemokraten“ zusammen. Sie forderten die SPD-Führung auf, die Ziele der Volkskongreßbewegung unvoreingenommen zu prüfen und sich zu den Bedingungen für eine Teilnahme der SPD zu äußern. Solche Aktionen blieben jedoch Einzelercheinungen, die nicht auf die Gesamtpartei übergriffen. Mitglieder, die trotz des Vorstandsbeschlusses am Volkskongreß teilnahmen, wurden entweder gemäßregelt, aus der Partei ausgeschlossen oder kamen dem Ausschluß durch eigenen Austritt zuvor.²⁸

²⁷ Zit. nach: Bender: Deutschland, S. 113 f.

²⁸ Vgl. ebd., S. 112 ff.

Anders die Reaktion der LDP: Als einzige nichtkommunistische Partei befürwortete die LDP eine Teilnahme am Volkskongreß, betonte jedoch die Überparteilichkeit der Bewegung. Treibende Kraft war hierbei Wilhelm Külz, der damit nach eigener Aussage eine Dominanz der SED im Volkskongreß und die Gründung eines ostdeutschen Separatstaates verhindern wollte. In seinem Tagebuch schrieb Külz rückblickend:

„8. Dezember 1947. Am 6. und 7. Dezember 1947 stieg in Berlin der ‚Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden‘. Die SED hatte zu ihm aufgerufen, die LDP mit Ausnahme des Landesverbandes Berlin hatte sich neben die SED gestellt, und zwar in der sehr schlichten Erkenntnis, daß man einer solchen Veranstaltung einen möglichst breiten Umfang geben müsse, um sie nicht zur Parteiveranstaltung der SED werden zu lassen. ... Ich möchte hier nur feststellen, daß ich mich bewußt und mit ganzer Kraft in den Dienst dieses ersten Versuches gestellt habe, über die Grenzen der Parteien hinaus eine gesamtdeutsche Willenskundgebung gegenüber den Alliierten zu erreichen.“²⁹

Neben der Sorge um den Ruf der LDP als „Wiedervereinigungspartei“ spielte bei Külz möglicherweise auch der Wunsch eine Rolle, als Vertreter der Ostzone in eine künftige gesamtdeutsche Regierung berufen zu werden. Die SMAD, zu der Külz gute Beziehungen unterhielt, soll ihm ein entsprechendes Angebot unterbreitet haben. Külz' Haltung verursachte eine schwere innerparteiliche Krise, da ihm westdeutsche und Berliner Liberale Opportunismus vorwarfen. Seine Kooperationsbereitschaft war umso überraschender, da bereits zu dieser Zeit viele oppositionell eingestellte LDP-Funktionäre und Mitglieder verhaftet wurden. Die Auseinandersetzungen führten zur Spaltung der deutschen Liberalen, die seit März 1947 in der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) zusammengefaßt gewesen waren, in einen West- und einen Ostflügel.³⁰

Seitens der Vorsitzenden der Ost-CDU, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, gab es keine Bereitschaft für eine Unterstützung des Volkskongresses. Diese ablehnende Haltung wurde von den CDU-Landesverbänden der SBZ u.a. deshalb nicht geteilt, weil dadurch viele Mandatsträger der Ost-CDU in eine schwierige Lage gerieten: Einerseits hätten sie aus Gründen der Parteidisziplin nicht am Volkskongreß teilnehmen dürfen, andererseits befanden sie sich aber als Delegationsmitglieder ostdeutscher Landtage und Landesregierungen unter den Teilnehmern des Volkskongresses. Eine außerordentliche

²⁹ Külz: Ein Liberaler, S. 128 f.

³⁰ Vgl. Bender: Deutschland, S. 121 (Anm. 1) sowie Külz: Ein Liberaler, S. 151 (Anm. 89, 90), 152 (Anm. 92, 93, 94). Verhaftet wurden u.a. der sachsen-anhaltische Landtagsabgeordnete Holler, der Landesvorsitzende Mecklenburgs, Scheffler, und 20 führende Mitglieder des Ortsverbandes Gölitz.

Vorstandssitzung, die von Kaiser am 2. Dezember 1947 einberufen wurde, faßte den einstimmigen Beschluß, sich nicht am Volkskongreß zu beteiligen. Zugleich einigte man sich aber auf den Kompromiß, daß die Teilnahme von CDU-Mitgliedern als Privatpersonen oder als Amtsträger gestattet sei. Eine ähnliche Regelung galt für CDU-Mitglieder aus der britischen Zone, die am Volkskongreß teilnehmen durften, sofern sie nicht als CDU-Mitglieder auftraten. Nach dem Ende des Volkskongresses legte die SMAD Kaiser zweimal nahe, von seinem Amt zurückzutreten, da er das Vertrauen der sowjetischen Behörden verloren habe. Ebenso wurden die CDU-Landesvorsitzenden gedrängt, sich für den Rücktritt Kaisers auszusprechen. Um die weitere politische Arbeit der Ost-CDU nicht zu gefährden, votierten die Landesvorsitzenden schließlich für eine Absetzung von Kaiser und Lemmer. An ihre Stelle traten die Volkskongreß-Unterstützer Otto Nuschke und Georg Lobedanz.³¹

Die SED war sich von Anfang an bewußt, daß die Volkskongreßbewegung als Instrument zur Spaltung der bürgerlichen Parteien dienen konnte. Wie Franz Dahlem auf der Tagung des SED-Parteivorstandes am 8. Dezember 1947 erklärte, betrachtete man die nationale Frage als Hebel, „mit dessen Hilfe man Differenzen in die bürgerlichen Parteien und in die Sozialdemokratie hineinbringen könnte“.³²

Das Verhalten von CDU und LDP bot auch in Sachsen-Anhalt kein einheitliches Bild. Die SED-Kreisvorstände konnten ihrem Landesvorstand zwar häufig über loyale Mitarbeit von bürgerlichen Kommunalpolitikern in der Volkskongreßbewegung berichten, oft genug stieß die SED jedoch auch auf mangelndes Engagement oder gar hartnäckigen Widerstand. Es hing zumeist von der politischen Einstellung und dem Mut der örtlichen CDU- und LDP-Vertreter ab, ob sie sich durch ihre Unterschrift, durch Mitarbeit in Komitees oder als Referenten für die Volkskongreßbewegung engagierten. Dazu einige Beispiele:

Im Kreis Köthen verhielten sich CDU und LDP größtenteils ablehnend, im Kreis Jerichow I im Fall der CDU zunächst abwartend. Aus dem Kreis Blankenburg wird berichtet, daß sich an der Arbeit des dortigen Kreiskomitees „nominell alle Organisationen beteiligt“ hätten, daß aber die gesamte praktische Arbeit ausschließlich von der SED geleistet worden sei. Der CDU-Kreisvorstand Liebenwerda entsandte ursprünglich zwar zwei Vertreter in das Kreiskomitee, stellte sich am 3. Dezember 1947 jedoch nachträglich hinter Jakob Kaiser und zog seine Vertreter wieder zurück. In Magdeburg weigerten sich der LDP-Fraktionsvorsitzende und ein Vertreter der CDU im Kreiskomitee, einen Aufruf zum Volkskongreß zu unterschreiben, da sie erst Entscheidungen ihrer Parteivorstände abwarten wollten. An ihrer Stelle unterschrieben stattdessen drei LDP-Stadträte und

³¹ Vgl. Bender: Deutschland, S. 123 ff.

³² Zit. nach: Bonwetsch/Bordjugow/Naimark: Sowjetische Politik, S. 146.

der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher der LDP.³³ Diese Beispiele ließen sich fortsetzen.

c) *Zusammensetzung und Ergebnisse des 1. Deutschen Volkskongresses*

Dem 1. Deutschen Volkskongreß gehörten 2.215 Delegierte an, von denen 1753 aus der Ostzone und 462 aus den Westzonen stammten. SED und KPD stellten 242 Delegierte, d.h. zusammen 38% der Kongreßteilnehmer. Hinzu kamen weitere 432 Delegierte aus den Massenorganisationen [FDJ, FDGB, KB, DFD, VdGB, VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes)], die in ihrer Mehrheit der SED angehörten. Zusammen mit diesen Organisationen verfügten die SED und ihre Verbündeten faktisch über mehr als 50% der Delegiertenstimmen. Die übrigen Delegierten kamen nach SED-Quellen aus der LDP, der CDU, zu einem geringeren Teil aus der SPD oder waren parteilos:³⁴

SED	KPD	Massenorg.	SPD	CDU	LDP	Parteilose
605	242	432	91	219	253	371

Diese auf Wilhelm Pieck zurückgehenden Zahlen decken sich jedoch nur zum Teil mit den Angaben anderer Politiker bzw. Historiker. Selbst die offiziellen Zahlen des Volkskongresses weichen davon ab: Genannt werden 2.215 Delegierte (1.551 SBZ, 664 Westzonen), davon 615 SED, 242 KPD, 440 Massenorganisationen, 91 SPD, 219 CDU, 253 LDP.³⁵ Klaus Bender schätzt die Zahl der Delegierten mit einem SED- oder KPD-Parteibuch aufgrund der Protokolle des Volkskongresses auf 40 bis 70% aller Teilnehmer.³⁶ Der frühere SED-Funktionär Erich Gniffke, der innerhalb der Volkskongreßbewegung eine wichtige Rolle spielte (er war Generalsekretär des aus dem 2. Deutschen Volkskongreß im März 1948 hervorgehenden Deutschen Volksrates³⁷), nannte in seinen 1966 erschienenen Memoiren noch wesentlich höhere Zahlen: SED 62%, KPD 10%, CDU 10%, LDP 12%, Parteilose 6%.³⁸ Auch wenn die Angaben zur parteipolitischen Bindung der Kongreßteilnehmer erheblich voneinander abweichen, läßt sich übereinstimmend feststellen, daß die SED über eine deutliche Mehrheit verfügte.

³³ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 51. LL der SED IV/L 2/5/52, Bl. 2, 7, 28, 31.

³⁴ Alle folgenden Zahlen aus: Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck, S. 192.

³⁵ LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 6 ff. („SED-Informationen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“).

³⁶ Vgl. Bender: Deutschland, S. 144 f.

³⁷ Vgl. Gniffke: Jahre mit Ulbricht, S. 298 ff.

³⁸ Vgl. ebd., S. 269.

Angesichts der politischen Zusammensetzung und des Zustandekommens dieses ersten Deutschen Volkskongresses stellt sich die Frage nach der demokratischen Legitimation der Versammlung. Wie bereits festgestellt, verfügten die SED und ihre Verbündeten aus den Massenorganisationen über einen Delegiertenanteil, der nicht ihrer wahren politischen Bedeutung entsprach. Die Kongreßteilnehmer wurden nicht in freien, gleichen und geheimen Wahlen durch die Bevölkerung gewählt, sondern von Partei- oder Massenorganisationen, von parlamentarischen Gremien, von Betrieben und Universitäten auf dem Wege der Delegierung nach Berlin entsandt. Die bevölkerungsreichen Westzonen blieben infolge der Verweigerung der SPD und der übrigen nichtkommunistischen westdeutschen Parteien auf dem Volkskongreß deutlich unterrepräsentiert. Man kann jedoch annehmen, daß selbst eine Mitwirkung der westdeutschen Parteien am Volkskongreß zu keinem wesentlich anderen Ergebnis geführt hätte, da den Westzonen von vornherein lediglich ein Anteil von einem Drittel der Delegiertensitze zugestanden worden war. Als einzige westdeutsche Partei unterstützte die KPD den Volkskongreß, womit sich auch der hohe Anteil von KPD-Mitgliedern unter den westdeutschen Volkskongreßteilnehmern (über 50%) erklärt. Auch nach regionalen Gesichtspunkten betrachtet, kann die Zusammensetzung des Volkskongresses keinesfalls als repräsentativ bezeichnet werden: Die Entsendung von westdeutschen Delegierten beschränkte sich fast ausschließlich auf Nordrhein-Westfalen, was vor allem mit der starken Verwurzelung der KPD im Ruhrgebiet zu tun hatte.³⁹

Zu Beginn des Volkskongresses wurde eine Kongreßleitung bestimmt, der neun Personen angehörten.⁴⁰ Otto Grotewohl hielt das erste von insgesamt neun, inhaltlich weitgehend übereinstimmenden Referaten. In der am zweiten Kongreßtag stattfindenden Aussprache über diese Referate trat die Regie der SED sehr deutlich zutage, denn nur 21 von 41 gemeldeten Rednern kamen in der Debatte zu Wort. Kritik oder eine wirkliche Auseinandersetzung mit den am Tag zuvor geäußerten Meinungen fand nicht statt. Das Plenum verabschiedete schließlich einmütig ein Manifest an die Londoner Konferenz, das teils wörtlich an die Rede Grotewohls anknüpfte. Es wurden darin folgende Forderungen erhoben:

1. Abschluß eines Friedensvertrages zur Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands,
2. Volksabstimmung über die deutsche Einheit,

³⁹ Vgl. Bender: Deutschland, S. 140 ff.

⁴⁰ Wilhelm Pieck (SED), Wilhelm Külz (LDP), Otto Nuschke (CDU), Max Reimann (KPD), Erich Geske (FDGB), Elisabeth Lübs (SPD), Edith Baumann (SED/FDJ), Otto Körting (VdGB), Emil Borgmann (SPD). Vgl. Bender: Deutschland, S. 130 (Anm. 1).

3. Bildung einer deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien durch den Rat der Außenminister.⁴¹

Über den Vorschlag einer nach London zu entsendenden Delegation wurde en bloc abgestimmt, wobei es nur drei Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen gab. Zehn von 18 Delegationsmitgliedern gehörten der SED oder KPD an.⁴² Die Delegation konnte die ihr zugeordnete Aufgabe jedoch nicht erfüllen, da die britische Militärregierung die Erteilung von Einreisevisa verweigerte. Damit war die Teilnahme einer deutschen Delegation offiziell aus formalen Gründen unmöglich gemacht worden. Der sowjetische Außenminister Molotow schlug dagegen vor, die Delegation zu empfangen und als Sprecher des deutschen Volkes anzuerkennen. Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA lehnten dies jedoch ab, da der Volkskongreß nicht repräsentativ für das deutsche Volk sei.⁴³

Damit hatte sich das Hauptziel der von der SED initiierten Volkskongreßbewegung - die Unterstützung der sowjetischen Deutschlandpolitik in London sowie die Vorgabe des sowjetzonalen Modells für eine künftige gesamtdeutsche Lösung - als Fehlschlag erwiesen.

Dennoch wurde die Volkskongreßbewegung von der SED als Erfolg gewertet. Der Parteivorstand trat am 8. Dezember 1947 zusammen und gelangte zu einer insgesamt positiven Bilanz des soeben beendeten Volkskongresses. Erich Gniffke beschrieb die bevorstehenden Aufgaben in dem scheinbar widersprüchlichen Satz: „Der Volkskongreß hat seine Arbeit beendet, aber erst jetzt beginnt die Arbeit des Volkskongresses“. Der Vorstand verabschiedete eine Resolution, in der „die Durchführung einer Berichtskampagne über den Kongreß, die Bildung von Landesausschüssen des Volkskongresses und die Durchführung von Landeskonferenzen am 14. Dezember, die Herausgabe von Broschüren und einer Wochenzeitung gefordert, die Bildung eines Sekretariats des Ausschusses des Volkskongresses, bestehend aus Ulbricht, Gniffke, Külz, Nuschke und Malter, gebilligt“ wurde.⁴⁴ Der Vorsitzende des SED-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt, Bernard Koenen, schloß sich dieser Linie an und erklärte während der Landesvorstandssitzung am 10. Dezember 1947:

„Es ist selbstverständlich, dass die grosse Volksbewegung, die sich vor dem Zustandekommen des Volkskongresses entwickelt hat, wachgehalten werden muss. Es ist klar, dass wir als SED der Motor der ganzen Bewegung sein müssen. Dass wir nicht erlahmen dürfen. Wir müssen deshalb auch, obgleich Weihnachten vor der Tür steht,

⁴¹ Vgl. Bender: Deutschland, S. 131 ff.

⁴² SED: Grotewohl, Pieck. LDP: Schiffer, Külz. CDU: Lobedanz, Nuschke. KPD: Reimann, Ficker. FDGB: Jendretzky (SED), Göring (SPD), Malter (SED), Geske (SPD). DFD: Kuckhoff (SED). VdgB: Vieweg (SED). FDJ: Honecker (SED). KB: Becher (SED). VVN: Grüber. Evangelische Kirche: Beste. Vgl. ebd., S. 136.

⁴³ Vgl. Bender: Deutschland, S. 135 ff.

⁴⁴ Bonwetsch/Bordjugow/Naimark: Sowjetische Politik, S. 145 f.

trotzdem bis zum letzten Tag vor Weihnachten verstehen, eine systematische Werbung für den Volkskongress durchzuführen.“⁴⁵

Besonders aufschlußreich war der Bericht, den das Vorstandsmitglied Jungmann über den Ablauf des Volkskongresses erstattete:

„Immerhin von den 21 Diskussionsrednern gehörten nur 3 der SED an. So sind die Karten im Verlaufe der Tagung recht geschickt gemischt worden. Das hat zur Folge, dass die ganze Hetze sehr gedämft [sic!] wurde. Wir sind in dieser grossen Aktion aus der Deffensive [sic!] in die Offensive übergetreten. Das Volk hat unsere Aktion verstanden und begriffen.“⁴⁶

Die SED hielt somit an der Volkskongreßbewegung als deutschlandpolitischem Instrument fest und sorgte dafür, daß wichtige Gremien mit SED-Leuten besetzt wurden. Im Ständigen Ausschuß des Volkskongresses betrug der Anteil von SED und KPD mindestens 40%. Das Sekretariat des Ständigen Ausschusses, das für die Durchführung der Beschlüsse zuständig war, befand sich mit einem Anteil von 60% unter Kontrolle der SED.⁴⁷

Aus der Sicht der SMAD konnte der Volkskongreß ebenfalls als erfolgreich betrachtet werden: Folgt man dem Memorandum des sowjetischen Propagandachefs in der SBZ, Oberst Tjul'panov, vom 9. Dezember 1947, so war der Anspruch der SED als gesamtdeutsche Partei und Interessenvertretung des deutschen Volkes durch die Einbeziehung sämtlicher Parteien und Massenorganisationen in die Volkskongreßbewegung gewachsen. Die Sowjets erhofften sich außerdem eine Verringerung der antirussischen Stimmung in großen Teilen der deutschen Bevölkerung, denn die Kongreßteilnehmer hatten die in London vertretene sowjetische Delegation in zahlreichen Redebeiträgen unterstützt. Auseinandersetzungen innerhalb der SPD und der bürgerlichen Parteien sollten nach Einschätzung Tjul'panovs als „Bresche“ dienen, um die Anhänger Kurt Schumachers und Jakob Kaisers auszuschalten. Langfristig betrachtete Tjul'panov die Volkskongreßbewegung bereits im Dezember 1947 als Basis für eine künftige Volksfront unter der Führung der SED. Alle Gruppen, deren Ziel die Einheit Deutschlands war, sollten in die Volkskongreßbewegung integriert werden.⁴⁸

Um - wie es Tjul'panov formuliert hatte - „gemeinsame Aktionen der SPD- und der SED-Basis in den wichtigsten Fragen der Demokratisierung Deutschlands“⁴⁹ durchzuführen, unternahm die SED seit Januar 1948 den Versuch, die Volkskongreßbewegung auch in den Westzonen zu etablieren.

⁴⁵ LAM; LL der SED IV/L 2/1/2, Bl. 383 ff.

⁴⁶ Ebd., Bl. 383 ff.

⁴⁷ Zahlen nach: Bender: Deutschland, S. 145.

⁴⁸ Vgl. Bonwetsch/Bordjugow/Naimark: Sowjetische Politik, S. 148 ff.

⁴⁹ Zit. nach: ebd., S. 149.

Dem Landesvolkskongreßausschuß Sachsen-Anhalt ging dazu am 10. Januar 1948 folgendes Schreiben des Sekretariats des Ständigen Ausschusses zu:

„Dem Sekretariat des Ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses ist mitgeteilt worden, dass die Vorbereitenden Volkskongressausschüsse Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Einladungen an die Landesausschüsse in der sowjetischen Besatzungszone gerichtet haben. Der Deutsche Volkskongress würde es begrüßen, wenn die Landesausschüsse an diesen Volkskongressen im Westen teilnehmen und dorthin paritätisch zusammengesetzte Vertretungen entsenden würden, an denen die drei Parteien sowie die demokratischen Massenorganisationen beteiligt sind. ... [Wir] schlagen vor, dass der Landesausschuss Sachsen an dem Volkskongress Nordrhein-Westfalen in Solingen und später an dem für Bayern in München, der Landesausschuss Sachsen-Anhalt an dem Volkskongress Niedersachsen in Bremen, der Landesausschuss Mecklenburg an dem Volkskongress Schleswig-Holstein in Hamburg, der Landesausschuss Brandenburg an dem geplanten Volkskongress Württemberg-Baden sowie der Landesausschuss Thüringen an dem geplanten Volkskongress Hessen teilnimmt. Über die getroffenen Massnahmen bitten wir uns zu unterrichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung! Nuschke Ulbricht“.⁵⁰

Der erste und zugleich einzige Volkskongreß in den westlichen Zonen fand am 17./18. Januar 1948 in Bremen statt. Der Volkskongreß Niedersachsen hatte sich für das amerikanisch besetzte Bremen als Tagungsort entschieden, um einem möglichen Verbot durch die britische Militärregierung zuvorzukommen. Die Veranstaltung lief in äußerlich ähnlichen Formen ab wie der vorangegangene Berliner Volkskongreß: Otto Grotewohl trat als Hauptredner auf und wiederholte sein Referat vom 6. Dezember 1947, mehrere Delegationen aus der SBZ - darunter auch eine Abordnung des Landesvolkskongreßausschusses Sachsen-Anhalt - nahmen am Bremer Volkskongreß teil. Parallelen ergaben sich auch hinsichtlich der Zusammensetzung der Versammlung: Von 1.037 Delegierten und 337 Gästen aus der SBZ und Berlin gehörten 306 der KPD, 32 der SED und 48 der SPD an. Die bürgerlichen Parteien stellten mit lediglich 12 Delegierten dagegen eine verschwindende Minderheit dar [je drei Freie Demokratische Partei (FDP) sowie LDP, fünf CDU, einer Zentrum]. Hinzu kamen 332 parteilose Delegierte und 107 Vertreter überparteilicher Organisationen. Die parteipolitische Einseitigkeit des Bremer Volkskongresses wurde somit offensichtlich.⁵¹ Es war der SED nicht gelungen, in das Mitgliederpotential der SPD einzubrechen und außerhalb der KPD Unterstützer zu werben.

⁵⁰ LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 116.

⁵¹ Vgl. Bender: Deutschland, S. 156 f.

Nach dem Ende des Bremer Kongresses sprachen die britische und die amerikanische Militärregierung Verbote für die übrigen geplanten Volkskongresse aus. Begründet wurden diese Verbote mit dem Hinweis auf die von der KPD betriebene Organisation dieser Veranstaltungen, ohne daß die KPD als treibende Kraft öffentlich in Erscheinung trat. Darin sah man eine bewußte Irreführung, die den alliierten Bestimmungen zur Genehmigung politischer Organisationen widersprach. Zudem befürchteten die Westalliierten die Instrumentalisierung eines neu entfachten deutschen Nationalismus durch die SED und die Sowjetunion. Oder wie es der britische Außenminister Bevin gegenüber seinem amerikanischen Amtskollegen Marshall ausdrückte: Sofern überhaupt an eine Wiedervereinigung Deutschlands zu denken war, sollte diese von West nach Ost und nicht umgekehrt erfolgen.⁵²

III. Der 2. Deutsche Volkskongreß vom 17./18. März 1948

a) Organisatorische Vorbereitung durch den SED-Landesverband Sachsen-Anhalt

Der Ständige Ausschuß des Volkskongresses faßte am 15. Januar 1948 den Beschluß, am 18. März 1948 einen 2. Deutschen Volkskongreß nach Berlin einzuberufen. Über die Aufgaben dieses Kongresses verlautete, daß diese sich aus der aktuellen politischen Lage ergeben und von wesentlich größerer Bedeutung sein würden als im Dezember 1947.⁵³ Die Vorbereitungen für den 2. Deutschen Volkskongreß wurden auf lokaler Ebene im Januar und Februar 1948 durchgeführt. Nach Auskunft des SED-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt („Monatsbericht Januar 1948“) stand die „Mobilisierung für Einheit und gerechten Frieden durch Kreisdelegierten-Konferenzen und zentrale Landesdelegierten-Tagung“ damals im Mittelpunkt der Parteitätigkeit.⁵⁴ Den SED-Kreisvorständen ging dazu im Januar 1948 folgendes Merkblatt zu:

„An alle Kreisvorstände!

Betrifft: Kreiskonferenzen zum Volkskongress (Nur mit den Vorsitzenden sprechen) ...

5. Es erscheint ein Referent vom Landeskomitee, Sprechzeit 40 Minuten.
6. Danach sprechen Vertreter aller Parteien. Vorher ist festzulegen, wer was sagt, vor allem sollen Delegierte des Volkskongresses sprechen.
7. Entschliessungen annehmen.

⁵² Vgl. ebd., S. 160 ff.

⁵³ Vgl. ebd., S. 166.

⁵⁴ LAM; LL der SED IV/L 2/5/13, Bl. 1.

8. Wahl des Kreiskomitees soweit noch nicht geschehen, mindestens 15-25, paritätische Zusammensetzung aus jeder Partei und Organisation, besonders Intellektuelle und auch Frauen.
9. Delegierte wählen zum Landeskongress, nach dem angegebenen Schlüssel.
10. Es ist Beschluss des Landeskomitees, dass alle Parteien mitmachen müssen, falls sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben sollten.“⁵⁵

Wie schon bei der Vorbereitung des 1. Volkskongresses im November/Dezember 1947, traten in der Zusammenarbeit mit der CDU und LDP auch diesmal Schwierigkeiten auf. Aus dem Bezirk Dessau wurde gemeldet, daß sich CDU und LDP, „wenn sie zur Arbeit herangezogen“ würden, teilweise zur Verfügung stellten. Der „rechte Flügel der bürgerlichen Parteien“ sei jedoch weiter bestrebt, die Volkskongreßbewegung zu hemmen. Im Kreis Zerbst lehnte es die CDU ab, am Volkskongreß teilzunehmen. Aus Sangerhausen wurde mitgeteilt, daß die Zusammenarbeit mit der LDP gut sei, daß sich die CDU trotz ihrer Teilnahme jedoch passiv verhalte. Im Kreis Calbe wiederum verlangte die LDP, daß die Delegierten zum Landesvolkskongreß nach dem von ihr vorgeschlagenen Schlüssel bestimmt würden, da sie sonst den Kreisvolkskongreß verlassen würde.⁵⁶ Im Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes für Februar 1948 wurde noch am 15. März 1948, also zwei Tage vor dem Beginn des Volkskongresses in Berlin, zusammenfassend festgestellt, daß die Initiative in der Volkskongreßbewegung nach wie vor „fast ausschließlich bei der SED“ liege. Die Kreise meldeten, daß die Bildung von Ortskomitees zum Teil durch Nichtbeteiligung von LDP und CDU auf Schwierigkeiten gestoßen sei, die in den meisten Fällen aber „durch persönliche Aussprache“ behoben werden konnten.⁵⁷ Diese Auseinandersetzungen zwischen der SED und den lokalen Gliederungen der bürgerlichen Parteien, die häufig im Widerspruch zur offiziellen Linie ihrer Mutterparteien handelten, hatten eine weitere Schwächung der LDP und CDU zur Folge. Besonders bezeichnend für den inneren Zustand der beiden Parteien ist ein Bericht, den der SED-Kreisvorstand Blankenburg (Harz) dem Landesvorstand am 22. Januar 1948 übermittelte:

„Am Tage vor dem Beginn dieser Versammlungskampagne teilte uns der Kreisvorstand der CDU, Herr Pfarrer Deppe (ev.) mit, dass der Landesvorstand der CDU Anweisung gegeben habe, sich an der Volkskongressbewegung zu beteiligen. Die CDU hat dann ihre Ortsverbände ebenfalls aufgefordert, Delegierte zu entsenden. An der

⁵⁵ LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 53.

⁵⁶ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/13, Bl. 6, 59 ff. LAM; LL der SED IV/L 2/5/52, Bl. 15.

⁵⁷ LAM; LL der SED IV/L 2/5/13, Bl. 29.

Durchführung der Versammlungen selbst hat sie sich mit Referenten nicht beteiligt. ... Offensichtlich ist eine Spaltung zwischen Kreis- und Landesvorstand der CDU eingetreten, so dass Pfarrer Deppe ... die Absicht hat, seine politischen Arbeiten aufzugeben. Dieselbe Absicht haben auch noch andere Funktionäre der CDU. ... Die ganze Arbeit, an der sich die LDP sehr aktiv beteiligte, hat uns gezeigt, dass die Volkskongressbewegung ... noch weiter wachsen kann. ... Ueber die Delegierten der CDU wäre noch zu sagen, dass zumindest einer davon vorbehaltlos zum Volkskongress steht.“⁵⁸

Bezüglich der Zusammensetzung des Landesvolkskongresses, der am 24. Januar 1948 stattfand, hatte der SED-Landesvorstand am 30. Dezember 1947 folgenden Verteilungsschlüssel festgelegt:

SED 10%, FDGB/Betriebe 30%, DFD 10%, FDJ 10%, VVN 3%, VdgB 7%, KB 5%, CDU 10%, LDP 10%, Parteilose 5%.⁵⁹ Die Zusammensetzung der dem Landesvolkskongreß vorausgehenden Kreivolkskongresse sah folgendermaßen aus:⁶⁰

	Kreis Blan- kenburg	Kreis Calbe	Kreis Dessau	Kreis Thale	Kreis Asch- leben	Stadtkr. Qued- linburg	Landkr. Qued- linburg	Kreis Torgau
SED	33 (13)	101 (28)	189 (53)	40 (13)	30 (11)	23 (10)	97 (25)	50 (12)
FDGB	61 (24)	51 (14)		65 (22)	70 (27)		72 (18)	95 (22)
DFD	29 (11)	23 (6)			30 (11)		27 (7)	64 (15)
FDJ	27 (10)	33 (9)		25 (8)	30 (11)		19 (5)	61 (14)
VVN	13 (5)	11 (3)		12 (4)	10 (4)		35 (9)	9 (2)
VdgB	32 (12)	30 (8)		24 (8)	10 (4)		29 (7)	58 (14)
KB	9 (3)	11 (3)		2 (1)	10 (4)		2 (1)	0
MO						152 (69)		
CDU	26 (10)	44 (12)	38 (10)	34 (11)	30 (11)	22 (10)	35 (9)	43 (10)
LDP	29 (11)	51 (14)	42 (12)	12 (4)	30 (11)	23 (10)	35 (9)	45 (11)
Parteil.	?	10 (3)	89 (25)	86 (29)	10 (4)		41 (10)	0

Wie die Zahlen belegen, erfolgte die Auswahl der Delegierten tendenziell überall nach ähnlichen Vorgaben. Die Vorgehensweise im Stadtkreis Aschersleben fällt insofern aus dem Rahmen, da man hier bereits im Januar 1948 einen Verteilungsschlüssel verwendete, der in seinem Schematismus an die Mandatsverteilung der späteren „Nationalen Front“ erinnert. Die Angaben über den Anteil der SED-Mandate auf den Kreisvolkskongressen hängen u.a. davon ab, ob auch SED-Mitglieder in den Massenorganisationen

⁵⁸ LAM; LL der SED IV/L 2/5/52, Bl. 2.

⁵⁹ Zahlen nach: LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 98 f.

⁶⁰ Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den prozentualen Anteil der jeweiligen Partei an. MO steht für Massenorganisationen, Kr. für Kreis, Parteil. für Parteilose und Asch.-leben für Aschersleben. Alle Zahlen in: LAM; LL der SED IV/L 2/5/52, Bl. 4, 15, 16, 21, 34, 46.

als SED-Delegierte gezählt wurden oder nicht. Das Beispiel des Kreisvolkskongresses Dessau, bei dem die Mitglieder von Massenorganisationen mit SED-Parteibuch der SED zugerechnet wurden, läßt den tatsächlichen Anteil der SED-Mitglieder besonders deutlich werden. Über die SED-Mitglieder unter den Abgesandten der Massenorganisationen können in den meisten Fällen nur Vermutungen angestellt werden. Eine Ausnahme bildet hierbei lediglich der Kreisvolkskongreß Blankenburg.⁶¹

	Delegierte insgesamt	davon SED	davon LDP	davon CDU	davon parteilos
FDGB	61	35	2	3	21
VdgB	32	28	0	0	4
FDJ	27	16	0	0	11
DFD	29	17	2	0	10
KB	9	6	1	0	2
VVN	13	12	0	0	1

Die Kreisvolkskongresse entsandten ihrer Größe entsprechend zwischen sechs und 19 Delegierte zum Landesvolkskongreß Sachsen-Anhalt, an dem 455 Delegierte folgender Partei- bzw. Organisationszugehörigkeit teilnahmen:

SED 77 (17%), FDGB 57 (13%), DFD 47 (10%), FDJ 38 (8%), VVN 25 (5%), VdgB 24 (5%), KB 21 (5%), CDU 66 (15%), LDP 71 (16%), Parteilose 15 (3%), öffentliche Betriebe 4 (1%), sonstige 10 (2%).⁶² Der Landesvolkskongreß bestimmte schließlich die Delegation Sachsen-Anhalts für den am 17. März 1948 beginnenden 2. Volkskongreß in Berlin.

Wie beim vorangegangenen 1. Deutschen Volkskongreß gab es auch bei den Delegiertenwahlen vom Januar und Februar 1948 keinen einheitlichen Wahlmodus, sondern eine Vielzahl von Eingriffsmöglichkeiten. Die Bestimmung der Delegierten erfolgte nicht nur von Stadt- über Kreis- und Landesvolkskongresse, sondern teilweise auf direktem Wege. Hinzu kamen direkt delegierte Kongreßteilnehmer, die von Parteien und Massenorganisationen gestellt wurden.⁶³ Auf Weisung des Volkskongreßbüros in Berlin und höherer Parteistellen wurden noch Anfang oder Mitte März 1948 Korrekturen an der Zusammensetzung der Delegation Sachsen-Anhalts vorgenommen. Diese Korrekturen erfolgten entweder, um politisch unzuverlässig erscheinende Delegierte zu entfernen oder um die altersmäßige und soziale Zusammensetzung der Delegation zu

⁶¹ Ebd., Bl. 4.

⁶² Alle Zahlen in: LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 100.

⁶³ Vgl. Bender: Deutschland, S. 148.

verändern. In einem Bericht über die Sitzung des vorbereitenden Komitees für den Volkskongreß (5. März 1948) heißt es:

„Insgesamt stehen in Sachsen-Anhalt 220 Delegiertenkarten zur Verfügung. ... Von Seiten der Berliner Zentralstelle wird Wert darauf gelegt, daß in unsere Delegation für den Volkskongreß noch einige Jugendliche hineinkommen.

Es wird Wert darauf gelegt, daß die Vertreter, die für den Volksrat vorgesehen sind, zu gleicher Zeit Kongreßdelegierte sind, weil wahrscheinlich der Volksrat anschließend an den Kongreß sich konstituieren soll. Das müßte also bei der Gesamtdelegation noch mit beachtet werden. Der Genosse Walter Ulbricht hat bemängelt, daß auf unserer Vorschlagsliste für den Volksrat sich kein junger Parteigenosse befindet. Ich möchte anregen, vielleicht an die Stelle der Genossin Martha Melzer, Magdeburg, eine andere junge Genossin aus Magdeburg zu setzen, die ebenfalls aus einem Betrieb kommt und der SED angehört. Damit könnte dieser Mangel ebenfalls überwunden werden. ...“⁶⁴

Um den 10. März 1948 herum gab der SED-Landesvorsitzende Bernard Koenen die Anweisung, Delegierte von CDU und LDP in den Kreisen dahingehend zu überprüfen, ob sich unter ihnen Rechte oder „Kaisertreue“ befänden. Die Überprüfung im Bezirk Halle-Merseburg sollte vom SED-Landesvorstand, im Bezirk Magdeburg und in Dessau durch die Außensekretariate durchgeführt werden - und zwar „so schnell wie möglich“.⁶⁵ Zur Steuerung der Volkskongreß-Propaganda ordnete Koenen an:

„Die Kreisvorstände sind darauf hinzuweisen, dass in allen Versammlungen, vor allem solchen zum Volkskongress, Telegramme an das Landeskomitee des Volkskongresses in Halle, nicht nur zur Begrüßung, sondern auch mit Forderungen gerichtet werden.

Die Forderungen sollen im Rahmen folgender Punkte ungefähr liegen: Aufhebung der Frankfurter Beschlüsse, Durchführung der Potsdamer Beschlüsse, Einheit Deutschlands, einheitliche Wirtschaft und Planung in Deutschland, die Ruhrkohle soll der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stehen, Schaffung eines Volksrates usw.“⁶⁶

Man kann annehmen, daß nach der Anweisung Koenens zur politischen Überprüfung bürgerlicher Delegierter Meldungen aus den Kreisen eintrafen. Zumindest aus den Kreisen Sangerhausen und Mansfeld sind solche Einschätzungen noch am 15. März 1948 beim SED-Landesvorstand eingegangen und erhalten geblieben:

⁶⁴ LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 132.

⁶⁵ Ebd., Bl. 144.

⁶⁶ Ebd.

„Betr. Delegierte zum Volkskongreß

...

Mansfelder Seekreis

Fiedler, LDP und Landtagsabgeordneter. Steht auf dem rechten Flügel der LDP, aber auf dem Boden der Kongressbewegung. Er sucht im Stadtparlament und in anderen Stellen unserer Partei durch Agitationsanträge für die LDP Schwierigkeiten zu bereiten, hat aber noch nicht gegen die Kongressbewegung Stellung genommen oder ist in dieser Frage abgewichen. Die Genossen des Kreisvorstandes sind der Meinung, dass er als Delegierter tragbar ist.

Urban, CDU. Gehörte zu dem fortschrittlichen Flügel der CDU, ist auch in der Entnazifizierung sehr positiv gewesen, schwenkte aber in letzter Zeit auf die Kaiser-Linie ab.

Die Genossen werden unter allen Umständen versuchen, ihn durch einen anderen zu ersetzen.“⁶⁷

b) Zusammensetzung und Ergebnisse des 2. Deutschen Volkskongresses

Die Einberufung des 2. Deutschen Volkskongresses am 17./18. März 1948 erfolgte bewußt unter Anknüpfung an den 100. Jahrestag der Märzrevolution von 1848. Darin zeigte sich einerseits ein vordergründiger Bezug zu bürgerlich-revolutionären Traditionen, andererseits aber auch der Gedanke einer Vollendung der bürgerlichen Revolution in „antifaschistisch-demokratischem“ Sinne.⁶⁸ Es wurde ein Demonstrationzug zu den Gräbern der Märzgefallenen gebildet, der an den Gräbern Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts endete. Wilhelm Külz schrieb dazu in seinem Tagebuch:

„Erfreulich war es, daß eine einseitige parteipolitische Ausrichtung des Kongresses auch diesmal vollkommen vermieden wurde, was leider von der Kundgebung zu Ehren der Märzgefallenen nicht gesagt werden konnte, denn sie endete mit dem Absingen der Internationale. Beabsichtigt war das nicht, aber es kam spontan aus den Tausenden der Teilnehmer heraus und färbte damit diese Ehrung der Gefallenen kommunistisch.“⁶⁹

Die Zusammensetzung des 2. Volkskongresses unterschied sich parteipolitisch nicht wesentlich vom 1. Volkskongreß im Dezember 1947:⁷⁰

⁶⁷ Ebd., Bl. 150.

⁶⁸ Gniffke: Jahre mit Ulbricht, S. 297.

⁶⁹ Külz: Ein Liberaler, S. 143.

⁷⁰ MO steht für Massenorganisationen. Alle Zahlen nach: Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck, S. 192 f.

SED	KPD	MO	SPD	CDU	LDP	Parteilose
360	144	814	105	191	219	156

Von insgesamt 1989 Delegierten kamen lediglich 512 (26%) aus den Westzonen. SED und KPD stellten gegenüber dem 1. Volkskongreß zwar nur noch 25% anstatt 38% der Delegierten, dieser Rückgang um 13% wurde jedoch durch die Verdoppelung des Anteils der Massenorganisationen mehr als kompensiert. Somit verfügten die SED und ihre Verbündeten über mehr als 60% der Delegiertenstimmen.

Wie das bereits zitierte Schreiben des vorbereitenden Komitees für den Volkskongreß vom 5. März 1948 zeigt,⁷¹ wurde im Vorfeld des Kongresses die Schaffung eines weiteren Gremiums des Volkskongresses unter dem Namen „Volksrat“ angekündigt. Dieser Deutsche Volksrat konstituierte sich auf dem 2. Volkskongreß und bestand aus 400 Personen. 300 seiner Mitglieder (darunter 153 SED-Leute) kamen aus der SBZ und wurden vom Volkskongreß auf einer Einheitsliste gewählt, 100 weitere Volksratsabgeordnete stammten aus den Westzonen. Es bestand zwar die Möglichkeit, einzelne Namen auf der Einheitsliste durchzustreichen und durch andere zu ersetzen, Gegenkandidaten konnten auf diese Art und Weise rein theoretisch jedoch nur dann gewählt werden, wenn sich eine große Zahl von Delegierten unabhängig voneinander auf dieselben Kandidaten geeinigt hätte. Die politische Konformität des Volkskongresses zeigte sich u.a. darin, daß von dieser Möglichkeit nur 27 von 1.677 abstimmenden Delegierten Gebrauch machten. Wie die Akten des SED-Parteiarchivs in Merseburg beweisen, wurden bereits im Januar 1948 Absprachen über die personelle und politische Zusammensetzung des Volksrates getroffen.⁷² Bei der „Wahl“ in Berlin handelte es sich lediglich um einen formalen Akt, der keinerlei Einfluß auf das Ergebnis haben konnte. Einem undatierten Namensvorschlag zufolge sollten aus dem Bezirk Halle-Merseburg 38 Personen in den Volksrat delegiert werden, davon eine durch den Landtag, zwei durch die Landesregierung, 15 von der SED, zehn von der LDP, acht von der CDU und zwei von der VdgB. Unter den vorgesehenen Delegierten befanden sich Ministerpräsident Erhard Hübener (LDP), Innenminister Robert Siewert (SED), Landwirtschaftsminister Erich Damerow (LDP), Arbeitsminister Leo Herwegen (CDU), Finanzminister Werner Brusckke (SED), Landtagspräsident Bruno Böttge (SED), Walter Ulbricht (SED), SED-Landesvorsitzender Bernard Koenen, LDP-Landesvorsitzender Herbert Fiering, der spätere Ost-CDU-Vorsitzende Götting, sowie vier SED-Parteisekretäre und drei SED-Frauensekretärinnen (u.a. die Frau

⁷¹ Siehe oben Anm. 64.

⁷² Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 112 ff. Die undatierten Vorschläge für den Volksrat sind chronologisch zwischen Dokumenten vom Januar 1948 eingeordnet.

Bernard Koenens, Frieda Koenen).⁷³ Die Vorschläge für den Volksrat mußten mindestens acht Tage vor Beginn des Kongresses durch Kuriere bei der Wahlkommission in Berlin zu Händen von Erich Gniffke abgegeben werden. Eine Zusendung auf dem Postweg wurde ausdrücklich ausgeschlossen,⁷⁴ vermutlich um die der „Wahl“ des Volksrates vorausgegangenen Absprachen bei einer versehentlichen Fehlleitung des Briefes nicht publik werden zu lassen.

Wie die endgültige Zusammensetzung der 38 Volksratmitglieder aus dem Bezirk Halle-Merseburg zeigt, wurden die Vorschläge offenbar nochmals überarbeitet und der SED dabei ein größerer Anteil von Mandaten eingeräumt. Nach einer Aufstellung vom 21. Juni 1948 gehörten der SED nun 21, der LDP acht und der CDU sechs von 38 Volksratsmitgliedern an, drei waren parteilos.⁷⁵

Über die Aufgaben des Volksrates kam es zwischen den Parteien zu Meinungsverschiedenheiten: CDU und LDP betrachteten den Volksrat anfangs nicht als parlamentarisches Gremium, sondern als konsultatives Organ ohne allzu große Befugnisse. Die SED schrieb dem Volksrat dagegen weitgehende Kompetenzen zu. Es wurden schließlich sechs Ausschüsse gebildet, die sich mit dem noch abzuschließenden Friedensvertrag sowie mit Verfassungs-, Wirtschafts-, Justiz-, Kultur- und sozialpolitischen Fragen befaßten. Der Verfassungsausschuß des Volksrates begann mit der Ausarbeitung einer „deutschen demokratischen“ Verfassung und legte damit die Fundamente für einen ostdeutschen Separatstaat. Dieser Verfassungsentwurf lag zeitlich deutlich vor dem Zusammentreten des Parlamentarischen Rates in den Westzonen, der erst am 1.9.1948 mit der Ausarbeitung einer Verfassung begann. Damit hatte sich das offiziell verkündete gesamtdeutsche Anliegen des Volkskongresses bereits seit dem Frühjahr 1948 ins Gegenteil verkehrt.⁷⁶

Auch der Besetzung der geplanten Volksratausschüsse gingen Vorabsprachen voraus. So sollten aus Sachsen-Anhalt folgende Personen in die Ausschüsse delegiert werden: Ausschuß zur Ausarbeitung des Friedensvertrages: Koenen (SED); Fascher (CDU). Verfassungsausschuß: Böttge (SED); Wiegel (LDP). Wirtschaftsausschuß: Wessel (SED); Becker (LDP). Kulturausschuß: Einicke (SED); Schwarze (LDP). Justizausschuß: Prübenau (SED). Die sogenannten bürgerlichen Delegierten wurden außerdem während der Vorbereitung des 2. Volkskongresses als „Diskussionsredner“ bestimmt.⁷⁷

⁷³ Vgl. ebd.

⁷⁴ Vgl. ebd., Bl. 154.

⁷⁵ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 85 f.

⁷⁶ Vgl. Bender: Deutschland, S. 167 ff.

⁷⁷ LAM; LL der SED IV/L 2/5/49, Bl. 149.

Nachdem der Verfassungsausschuß des Volkstrates am 3.8.1948 die „Richtlinien für die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ angenommen hatte, begrüßten die zu einer Arbeitstagung zusammengetretenen Kreisausschüsse und der Landesausschuß Sachsen-Anhalt den Verfassungsentwurf am 25.8.1948 einstimmig mit folgender EntschlieÙung:

„Die Arbeitstagung des Landesausschusses der Volkskongressbewegung in Sachsen-Anhalt sieht in dem Verfassungs-Entwurf des Deutschen Volkstrates die geeignete Grundlage für die Schaffung einer fortschrittlichen demokratischen Republik.

Die Arbeitstagung bekennt sich zu den Grundsätzen des Verfassungs-Entwurfes, daß Deutschland eine unteilbare demokratische Republik sein soll und alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Sie begrüßt das Prinzip, daß die oberste Gewalt von der Volkskammer ausgeübt wird und dass dem Präsidenten der Republik in der Hauptsache nur mehr repräsentative Aufgaben obliegen. Die Arbeitstagung begrüßt die Aufhebung und das Verbot privater Monopole und die Festsetzung der Höchstgrenze für Eigentum an Grundbesitz auf 100 ha und die unabdingbaren Grundrechte der Bürger.

Die Arbeitstagung billigt den Vorschlag, daß die Kandidaten-Aufstellung nur durch solche politischen Parteien und Massenorganisationen erfolgen darf, die sich zu den Grundsätzen der Verfassung bekennen. ...“⁷⁸

Der Volksrat nahm den Verfassungsentwurf am 22. Oktober 1948 einstimmig an.

Es würde im Rahmen dieser Untersuchung zu weit führen, alle Aktivitäten des 2. Deutschen Volkskongresses und seines Volkstrates analysieren zu wollen. Um jedoch ansatzweise zu zeigen, welches Potential der SED mit der Volkskongressbewegung zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zur Verfügung stand, soll daher in den folgenden Abschnitten exemplarisch die Rolle der „Volksausschüsse für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden“ angesprochen werden. Volksausschüsse, von denen es in der SBZ im März 1948 bereits 5.000 gab, konstituierten sich auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene. Sie traten in Konkurrenz zu den Parlamenten und Blockausschüssen und dienten der Durchsetzung politischer Ziele, die sich in irgendeiner Weise - wenn auch oft nur sehr entfernt - mit den Zielen der Volkskongressbewegung in Verbindung bringen ließen. Bald wurde deutlich, daß die Volksausschüsse ihre Kompetenzen sehr weit auslegten und sich in die örtlichen Verwaltungen, Wirtschaft, Landwirtschaft und selbst in die Justiz einzumischen begannen. In der Schaffung der Ausschüsse zeigten sich

⁷⁸ LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 15.

Parallelen zum Rätssystem, das besonders von den polnischen und tschechoslowakischen Kommunisten bei der Erringung der Macht mit Erfolg angewandt worden war. Die Volksausschüsse wurden von der SED überall dort angesetzt, wo es galt, Widerstände zu brechen. Im Hinblick auf die bürgerlichen Parteien zeigte sich dies besonders deutlich, als CDU und LDP gegen den Zweijahresplan 1949/50 opponierten.⁷⁹

In Sachsen-Anhalt sollten auf Veranlassung des Landesausschusses im Oktober 1948 in Gemeinden und Betrieben Volksausschüsse gebildet werden. Ihre offizielle Aufgabe war es, „das demokratische Bewußtsein in unserem Volk zu vertiefen, um so den Boden für eine fortschrittliche Neuordnung unseres Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftslebens auf allen Gebieten in ganz Deutschland zu bereiten“.⁸⁰ Weitergehende konkrete Aufgaben wurden in einem Rundschreiben des Landesausschusses vom 10.11.1948 genannt:

„Der Kriegshetze, insbesondere der Verächtlichmachung der Sowjetunion, der Länder der Volksdemokratie und aller fortschrittlich-demokratischen Kräfte ist entschieden in jeder Form entgegenzutreten; so in Versammlungen, mündlicher Propaganda, Presseveröffentlichungen usw. - Gerüchtemacher, Saboteure, reaktionäre Kräfte aller Art und Feinde der demokratischen Ordnung sind als solche zu entlarven.“⁸¹

Ebenso lassen sich Aktivitäten des Landesvolksausschusses feststellen, die außenpolitischen Zielen galten: So organisierte der Ausschuß im Dezember 1948 eine Unterschriftensammlung für das Verbot der Atombombe, über die damals nur die USA verfügten. Durch Hausbesuche und Unterschriftenlisten in den Betrieben wurde ein Ergebnis von 100% angestrebt. Am 31. Januar 1949 wurde das „Landeshilfskomitee für das demokratische Griechenland“ geschaffen, dem die Gründung von Komitees auf Kreisebene folgen sollte. Man hielt Betriebsversammlungen ab und sammelte Geld- und Sachspenden.⁸² Anhand dieser sowohl nach innen als auch nach außen gerichteten Aktivitäten läßt sich ablesen, daß die Volksausschüsse u.a. ein Instrument zur Massenmobilisierung darstellten. Unter den Beteiligten sollte das Bewußtsein entstehen, direkten Einfluß auf politische Veränderungen nehmen und etwas bewegen zu können. Einer ähnlichen Motivation entsprang das „Volksbegehren für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden“, das im folgenden Kapitel näher betrachtet werden soll.

⁷⁹ Vgl. Bender: Deutschland, S. 182 ff.

⁸⁰ LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 24.

⁸¹ Ebd., Bl. 29 ff.

⁸² Vgl. ebd., Bl. 39 f. 48.

c) *Das Volksbegehren vom 23. Mai bis 13. Juni 1948*

Als Termin für die Abhaltung des Volksbegehrens legte der 2. Deutsche Volkskongreß die Zeit vom 23. Mai bis zum 13. Juni 1948 fest. Das Präsidium des Volksrates trat am 15. April 1948 zusammen und legte folgenden Text fest:

„Für die Einheit Deutschlands!

Die Unterzeichneten ersuchen die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik, jeder in seiner Besatzungszone und auch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kontrollrates folgendes Gesetz zu beschließen oder einen Volksentscheid darüber anzuordnen: Gesetz über die Einheit Deutschlands.

§ 1

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, in der den Ländern ähnliche Rechte zustehen sollen, wie sie die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 enthält.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündigung in Kraft.

Einzeichnungsliste

Ort: Beruf oder Stand

Name und Vorname: Wohnadresse“.⁸³

Der Gesetzentwurf wurde den vier alliierten Oberbefehlshabern mit dem Bemerken zugestellt, daß das Volksbegehren sowohl der Atlantik-Charta als auch den Abkommen von Jalta und Potsdam entspreche. Mit dem Hinweis auf die mangelnde demokratische Legitimation des Volksrates und die fehlende offizielle Genehmigung des Deutschen Volkskongresses durch die alliierten Kontrollbehörden lehnten die Westalliierten das Volksbegehren ab. Zudem erschien ihnen eine Abstimmung über die deutsche Einheit, die wohl von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen gewünscht wurde, sinnlos. Amerikaner und Franzosen untersagten daher die Durchführung des Volksbegehrens in ihren Zonen. Die Briten tolerierten die Sammlung von Unterschriften, waren jedoch nicht bereit, das Ergebnis anzuerkennen. Ebenso traf das Volksbegehren mit Ausnahme der KPD auf entschiedene Ablehnung durch sämtliche Parteien der Westzonen. Unterschriftensammlungen wurden daher in größerem Stil lediglich in Gebieten durchgeführt, in denen die KPD über eine starke Anhängerschaft verfügte, d.h. vor allem im Ruhrgebiet. Die geringe Akzeptanz des Volksbegehrens in der westdeutschen Öffentlichkeit sowie Verbote und

⁸³ Zit. nach: Bender: Deutschland, S. 234.

Behinderungen durch die Westalliierten ließen das Volksbegehren somit zu einer rein ostzonalen Angelegenheit werden.⁸⁴

Ähnlich wie bei den Vorbereitungen zu den beiden Volkskongressen wurde in Sachsen-Anhalt ein Großteil der anfallenden organisatorischen und propagandistischen Arbeit von der SED geleistet. Im Monatsbericht für Mai 1948 kam der SED-Landesvorstand zu einem ernüchternden Ergebnis:

„Der Landeskongress für Einheit und gerechten Frieden am 5. Mai war der Auftakt für das Volksbegehren, das in seiner Durchführung eine gewaltige Anspannung des Parteiapparates brachte und zu einer starken Belastungsprobe für unsere Funktionäre wurde. So wie als Träger des 1. Mai der FDGB fungierte und die Hauptarbeit auf unseren Genossen ruhte, wurde das Volksbegehren von überparteilichen Komitees formell geleitet, die nur dort zum vollen Einsatz kamen, wo unsere Genossen Initiative entwickelten. Die völlige Inanspruchnahme der Gesamtpartei durch das Volksbegehren hat alle anderen Aufgaben in den Hintergrund gedrängt.“⁸⁵

Zur Vorbereitung des Volksbegehrens veranlaßte die SED die Abhaltung der üblichen Versammlungen und Kundgebungen. Es wurden Komitees gebildet, Delegierte des 2. Volkskongresses traten als Referenten auf. Die bürgerlichen Parteien standen erneut abseits oder gehörten den Komitees zumeist nur nominell an. Gelegentlich kam es sogar zu offenem Widerstand: Aus dem Kreis Jerichow II wurde gemeldet, daß ein LDP-Funktionär die Entfernung der roten Fahne von öffentlichen Gebäuden verlangte, da sich die LDP sonst nicht am Volksbegehren beteiligen werde. Die Jerichower CDU entfaltete während der Vorbereitung des Volksbegehrens eine rege Mitgliederwerbung, bei der sie 275 neue Mitglieder gewinnen konnte. Viele dieser Mitglieder dürften Vertriebene gewesen sein, da die CDU in Jerichow gegen die Oder-Neiße-Grenze agitiert hatte.⁸⁶

Es lag im propagandistischen Interesse der SED, die Bevölkerung möglichst schon in den ersten Tagen des Volksbegehrens zur Einzeichnung zu veranlassen. Im Mansfelder Gebirgskreis zeichneten sich die SED-Mitglieder zu 90% bereits am 23. Mai 1948 ein, auch auf dem Land konnten gute Ergebnisse erzielt werden. In den Städten folgte am ersten Tag des Volksbegehrens jedoch weniger als die Hälfte der Bevölkerung dem Aufruf zur Einzeichnung (Delitzsch und Eilenburg 40%, Halle 35% etc.). Die SED verstärkte daraufhin ihre Agitation, allein in Halle wurden täglich mehrere tausend SED-Aktivistinnen als Agitatoren und Schlepper eingesetzt. In allen Orten des Mansfelder Gebirgskreises gab die SED aus

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 234 ff.

⁸⁵ LAM; LL der SED IV/L 2/5/13, Bl. 90 ff.

⁸⁶ Vgl. ebd., Bl. 59 ff., 90 ff.

taktischen Gründen am 23. Mai die ersten 100%-Ergebnisse bekannt, wodurch sich das Einzeichnungstempo erhöhte. Bis Ende Mai 1948 zeichneten sich in den Kreisen Sachsen-Anhalts schließlich zwischen 93 und 99% der Bevölkerung ein. Eine Analyse des SED-Landesvorstandes ergab, daß sich unter den Personen, die dem Volksbegehren in Halle ferngeblieben waren, hauptsächlich Vertriebene („Umsiedler“), einige Zeugen Jehovas und lutherische Pastoren befanden.⁸⁷

Spätestens nach dem Ende des Volksbegehrens zeigte sich deutlich, daß die Motivation für seine Abhaltung neben der propagandistischen Wirkung einzig und allein darin bestanden hatte, dem Volkskongreß und dem Volksrat eine zusätzliche Legitimation zu verschaffen. Der Landesausschuß Sachsen-Anhalt des Deutschen Volkskongresses teilte den Kreisausschüssen am 13. Juli 1948 mit:

„Durch den Erfolg des Volksbegehrens ist ... auch die politische und geschichtliche Legitimation des Deutschen Volksrates nachgewiesen als der einzigen zur Zeit bestehenden gesamtdeutschen und demokratischen Vertretung unserer Nation, der sich daher bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und Unabhängigkeit als die berufene Repräsentation des gesamten Deutschen Volkes betrachtet.“⁸⁸

IV. *Der 3. Deutsche Volkskongreß vom 29./30. Mai 1949*

a) *Organisatorische Vorbereitung durch den SED-Landesverband Sachsen-Anhalt*

Der Landesausschuß des Volkskongresses wies die Kreisausschüsse in Sachsen-Anhalt am 27.8.1948 an, im September 1948 auf Orts- und Kreisebene Delegierte zu dem für „Ende Oktober oder Anfang November“⁸⁹ geplanten 3. Deutschen Volkskongreß zu wählen. Kreiskonferenzen wurden daraufhin im Hinblick auf die für den 9. Oktober 1948 geplante Landeskonferenz in allen 38 Kreisen durchgeführt. Auf Beschluß des Präsidiums des Deutschen Volksrates fand die Landeskonferenz vorerst jedoch nicht statt.

Hinter diesem Beschluß stand die Absicht, die Abgeordneten im Gegensatz zu den vorausgegangenen Volkskongressen nicht über Parteien und Massenorganisationen zu delegieren, sondern von der Bevölkerung wählen zu lassen. Damit sollte vordergründig die Legitimation des 3. Volkskongresses erhöht werden. Der Volksrat beschloß am 18. März 1949, Neuwahlen für den 3. Deutschen Volkskongreß durchzuführen, was

⁸⁷ Vgl. ebd., Bl. 90 ff., 111 ff.

⁸⁸ LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 1.

⁸⁹ LAM; LL der SED IV/L 2/5/13, Bl. 157. IV/L 2/5/49, Bl. 210. IV/L 2/5/53, Bl. 14.

von Wilhelm Pieck offiziell mit der angeblich auf die Zerstückelung Deutschlands und einen neuen Krieg zutreibenden Politik der Westalliierten begründet wurde.⁹⁰ Die organisatorische Vorbereitung der Wahl am 15./16. Mai 1949 wurde den Landesvolksausschüssen und nachgeordneten Kreisvolksausschüssen übertragen. In einem Rundschreiben begründete der Landesvolksausschuß Sachsen-Anhalt den Wahlmodus und die Motivation für die Durchführung der Wahl wie folgt:

„Die Wahl wird als eine allgemeine, gleiche, geheime, direkte durchgeführt. Sie ist aber keine parlamentarische Wahl im landläufigen Sinne, bei der sich die Listen verschiedener Parteien gegenüber stehen, unter denen der Stimmberechtigte zu entscheiden hat, sondern sie soll ein machtvolles Bekenntnis der gesamten Bevölkerung zur Einheit Deutschlands und zur Herbeiführung eines gerechten Friedens werden.

Aus diesem Grunde wird den Wahlberechtigten nur eine Liste vorgelegt, bei deren Zusammenstellung alle Parteien und demokratischen Organisationen mitgewirkt haben. Über diese Liste hat der Betreffende mit Ja oder Nein abzustimmen. ...“⁹¹

Die Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß wurde somit zu einem Plebiszit über die Einheit Deutschlands, wodurch sich die Chancen für ein mehrheitliches Votum der Bevölkerung beträchtlich erhöhten. Auf dem Wahlzettel befand sich dementsprechend neben der Kandidatenliste folgender Satz: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Ich stimme darum für die nachstehende Kandidatenliste zum Dritten Deutschen Volkskongreß.“

Die Aufstellung der Kandidaten und damit die künftige Sitzverteilung sicherten der SED und ihren Verbündeten von vornherein eine stabile Mehrheit: von 1.500 Abgeordneten der Ostzone entfielen 450 auf die SED, 400 auf verschiedene Massenorganisationen, d.h. die SED und ihre Verbündeten verfügten über mehr als 50% der ostzonalen Stimmen. Hinzu kamen je 75 Sitze der unter dem Einfluß der SED stehenden Parteien DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands) und NDP (National-Demokratische Partei), die im Mai und Juni 1948 gegründet worden waren:⁹²

SED	FDGB	FDJ	DFD	VVN	KB	VdgB	Länd.l. Gen.	NDP	DBD	LDP	CDU	Pers.
450	150	50	50	50	50	25	25	75	75	225	225	50

⁹⁰ Vgl. Bender: Deutschland, S. 247.

⁹¹ LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 67 ff. Das folgende Zitat ebd.

⁹² Alle Angaben nach: Bender: Deutschland, S. 251. Pers. steht für Persönlichkeiten.

Die Gründung und Einbeziehung der DBD und der NDP in die Volkskongreßbewegung hatte Wilhelm Pieck bereits am 26. März 1948 mit Stalin in Moskau erörtert. In den Aufzeichnungen Wilhelm Piecks heißt es dazu:

„Bildung einer 4. Partei

evtl. 5. Partei

Zeitung „Nat.-Ztg.“ [National-Zeitung, F.H.] schon erschienen

Frage der Führung einer solchen Partei

Einschaltung in die Volkskongreßbewegung“.⁹³

Bei den Vorsitzenden der NDP (Lothar Bolz) und der DBD (Ernst Goldenbaum) handelte es sich um frühere KPD-Funktionäre, die den Kurs der neuen „bürgerlichen“ Parteien im Sinne der SED bestimmen sollten.⁹⁴ Die Abhängigkeit der neuen Parteien von der SED und ihre Funktion - die Schwächung der LDP und CDU - blieben der Bevölkerung nicht verborgen. Dazu ein Bericht, der dem SED-Landesvorstand im Mai 1948 vom Nachrichtenamt Wernigerode zuing:

„Bericht über Meinungsäußerungen der Bevölkerung zur Neugründung der National-Demokratischen Partei

... Es kommt indes immer mehr die Auffassung hervor, daß es sich bei dieser ‚nationaldemokratischen‘ Parteigründung um einen Stimmenfang für die verfassungsmäßig fälligen Wahlen handle. Der Aufruf sei dazu da, die Stimmen der Massen, die einmal an Hitler glaubten, für ihre ‚ND‘-Partei zu fangen, die ihrerseits nur im Kielwasser der SED segeln könne, jene Stimmen zu fangen, die bislang der SED durch die Maschen gegangen seien.“⁹⁵

Schon bald nach der Gründung der beiden Parteien, am 13. Juli 1948, wies der Landesausschuß Sachsen-Anhalt alle Kreis Ausschüsse des Deutschen Volkskongresses an, der Aufnahme von DBD und NDP in den Kreis Ausschuß „für den Fall ihres Ansuchens“ zuzustimmen. Genauso sollte bei Anträgen der Konsum-Genossenschaften verfahren werden.⁹⁶

Obwohl es innerhalb der CDU und LDP nach wie vor starke Widerstände gegen eine enge Zusammenarbeit mit der SED gab, gelang es der SED zunehmend, zumindest die Vorstände der bürgerlichen Parteien unter ihren Einfluß zu bringen. Enttäuscht von der Unterwürfigkeit ihrer Parteiführung, kehrten 1948 viele LDP-Mitglieder ihrer Partei den Rücken. Berufliche Benachteiligungen und Entlassungen von bürgerlichen Parteimitgliedern taten ein Übriges, um die LDP weiter zu schwächen und auf den Kurs der SED auszurichten.⁹⁷ Dr. Erich Damerow - mittlerweile

⁹³ Zit. nach: Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck, S. 201.

⁹⁴ Vgl. Weber: DDR, S. 21.

⁹⁵ LAM; LL der SED IV/L 2/55/13, Bl. 1.

⁹⁶ LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 6.

⁹⁷ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/55/21, Bl. 216 f.

Vorsitzender des LDP-Landesverbandes Sachsen-Anhalt - und weitere Vorstandsmitglieder wandten sich am 31. Dezember 1948 mit einem Neujahrsgruß, der in seinem Inhalt und Wortlaut stark an die Diktion entsprechender Verlautbarungen der SED erinnerte, an ihre Parteifreunde:

„Die erste Pflicht für uns ist der weitere zähe Kampf um die Einheit Deutschlands und um einen gerechten Friedensvertrag. Einmütig müssen wir uns gegen alle Spalter und reaktionären Elemente unter uns wenden.

Von den Plänen des amerikanischen Imperialismus ist keine Rettung Deutschlands zu erwarten. Wir wollen kein Kolonialvolk sein. Wir wollen als freies Volk aus eigener Kraft in rüchhaltlosem Einsatz und in friedlicher Arbeit unser staatliches Leben und unsere Wirtschaft ordnen und aufbauen. Dazu brauchen wir Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt, besonders mit den Völkern der Sowjetunion, die jederzeit ihre Friedens- und Freundschaftsbereitschaft unserem Volke gegenüber zum Ausdruck gebracht haben.“⁹⁸

Damerow übte zugleich Selbstkritik und distanzierte sich von oppositionellen Strömungen, die sich im Bezirksverband Merseburg und den Kreisverbänden Oschersleben, Mansfelder Gebirge und Saalkreis gezeigt hatten. Er wies darauf hin, daß „die Schuldigen rüchichtslos entfernt“ worden seien und nun keine Möglichkeit mehr zur weiteren politischen Betätigung hätten. Damerow versprach, daß der Landesvorstand solche „Mißstände“ abstellen und dafür sorgen wolle, „dass in Zukunft ein klarer eindeutiger Kurs im fortschrittlich-demokratischen Sinne unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse“ eingehalten werde.⁹⁹

Im Hinblick auf die anhaltende oppositionelle Stimmung in vielen LDP- und CDU-Verbänden, wollte die SED bei der Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß (15./16. Mai 1949) nichts dem Zufall überlassen, sondern arbeitete vorab Pläne zur Durchführung der Wahl aus. Zwischen dem 20. April und dem 14. Mai 1949 fanden in ganz Sachsen-Anhalt 6.085 öffentliche Versammlungen, Betriebs-, Verwaltungs-, Straßen- und Wohnbezirksversammlungen mit zusammen 1.292.665 Teilnehmern statt.¹⁰⁰

Die bürgerlichen Parteien wirkten nur zum Teil an den Wahlvorbereitungen mit, stellten nur wenige Referenten und agitierten mehr oder weniger stark gegen die SED. So wurde aus dem Kreis Torgau berichtet, daß sich die CDU nicht an die Rededisposition des Landesausschusses für Einheit und gerechten Frieden gehalten habe. Die

⁹⁸ Ebd., Bl. 198 f.

⁹⁹ Ebd., Bl. 200.

¹⁰⁰ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/54, Bl. 35 ff.

Torgauer CDU machte vielmehr deutlich, daß sie sich nicht an der Hetze gegen westliche Politiker und Parteien beteiligen werde. In mehreren Kreisen wurden die Teilnehmer von Wahlversammlungen durch Referenten der LDP und CDU lediglich zur Stimmabgabe, jedoch nicht zu einem positiven Votum aufgerufen. Aus vielen Gebieten Sachsen-Anhalts - so aus dem Kreis Jerichow I, aus Ballenstedt, Calbe, Staßfurt, Delitzsch, Dessau und anderen Orten - wurde die Beschädigung oder Übermalung von Wahlplakaten mit „Nein“ gemeldet. Als Täter machte die SED in einigen Fällen Anhänger bürgerlicher Parteien aus oder äußerte zumindest Vermutungen, die in diese Richtung abzielten. Ein Ortsvorsitzender der CDU, der im Kreis Jerichow I bei der Übermalung eines Wahlplakates ertappt worden war, wurde verhaftet und vom Schnellrichter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. An mehreren Orten beschlagnahmten SED-Aktivistinnen Flugblätter, die entweder von Unbekannten mit technisch äußerst primitiven Mitteln hergestellt oder aus Westberlin eingeschmuggelt worden waren. Im Kreis Jerichow I tauchten Flugblätter von Jakob Kaiser auf, in Genthin fanden sich Flugblätter des SPD-Landesverbandes Groß-Berlin, in denen zum Wahlboykott bzw. zur Abgabe von Nein-Stimmen aufgerufen wurde.¹⁰¹

Von kirchlicher Seite schlug der SED starker Widerstand in Stendal, Bitterfeld, Leuna, Bernburg, Nienburg, Delitzsch und anderen Orten entgegen: Einige Pfarrer sprachen sich offen gegen die Wahl aus, andere setzten während der Abhaltung öffentlicher Kundgebungen Gottesdienste, Konfirmandenunterricht oder andere kirchliche Veranstaltungen an, um eine Teilnahme der Bevölkerung an Wahlkundgebungen zu verhindern. Aus Düben wurde zwei Tage vor der Wahl gar die Verhaftung eines Pfarrers gemeldet, der in der Nacht beim Abreißen von Wahlplakaten beobachtet worden war.¹⁰²

Um möglichst viele Unwägbarkeiten während des Wahlgangs auszuschalten, legte Alois Pisnik - stellvertretender Vorsitzender des Landesausschusses des Deutschen Volkskongresses und Parteisekretär der Organisationsabteilung im SED-Landesvorstand¹⁰³ - einen Ablaufplan vor („Richtlinien für die Wahlarbeit“), der zahlreiche Möglichkeiten für Wahlmanipulationen und -fälschungen eröffnete. Am Vortag der Wahl sollten gemäß Pisniks Vorgabe Polizeistreifen und Patrouillen aus SED-Aktivistinnen „zur Verhinderung gegnerischer Arbeit bzw. Ausfindigmachung der Täter und Urheber“ eingesetzt werden.¹⁰⁴ Für den ersten Wahltag sah Pisnik folgenden Ablauf vor:

¹⁰¹ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/55/22, Bl. 419. IV/L 2/5/53, Bl. 149 f. IV/L 2/5/54, Bl. 164 f., 174 ff., 188, 195 ff., 205.

¹⁰² Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/54, Bl. 30, 129, 136, 195 ff.

¹⁰³ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 104.

¹⁰⁴ Ebd., Bl. 78 f.

1. Wecken durch Musikkapellen
2. Singgruppen und Sprechchöre
3. Lautsprecherwageneinsatz
4. Wahl sorgfältig ständig verfolgen (wo Schwächen auftauchen, sofort eingreifen. Entsprechende Agitation, direkte Bearbeitung zögernder Wähler durch qualifizierte Kräfte)
5. Kranke usw. gleich vormittag schleppen
6. übriger Schlepperdienst ab 12 Uhr (dafür alle Kräfte einsetzen)
7. Ziel: Wähler möglichst schon am 15. zur Stimmabgabe zu veranlassen
8. Nach 20 Uhr sofort mit der Auszählung beginnen
9. Auszählungsergebnisse sofort an Kreisinstanzen übermitteln
10. Nach Beendigung der Stimmabgabe am Sonntag fassen die Ortsgruppenvorstände ihre Funktionäre noch nachts zusammen, um zum Resultat der Abstimmung Stellung zu nehmen und die notwendigen Massnahmen für die weitere Arbeit festzulegen
11. Sofort nach der Besprechung des Ortsgruppenvorstandes mit allen Funktionären noch in der Nacht Berichterstattung an die Kreisvorstände über den Ausgang der Wahl und die getroffenen Massnahmen für die weitere Arbeit
12. Ebenfalls noch in der Nacht in den Ausschüssen der Volkskongressbewegung mit den Verantwortlichen der anderen Parteien und Organisationen zum Resultat Stellung nehmen und den weiteren Einsatz festlegen.¹⁰⁵

Über die äußere Form der Wahlagitation sagte Pisnik auf der 3. Tagung des SED-Landesvorstandes (10. Mai 1949):

„Wir müssen alles organisieren, an Fahrzeugen, an Transparenten usw., aber nicht in einer solchen Form, wie das in einem Ort im Kreise Stendal geschehen ist, eine große Losung und ein ganz kleines ‚ja‘ ... Das Ja muß in die Augen stechen. Vor lauter Ja muß sich einer garnicht [sic!] mehr auskennen. Und selbst der bornierteste muß sich sagen, was wollen die bloß mit dem Ja, überall liest man nur ja, ja, ja. Nirgends kann ich dem Ja entrinnen, also wird mir nichts übrig bleiben, als zu wählen. ...“¹⁰⁶

b) *Wahlmanipulation durch die SED*

Nach Angaben mehrerer SED-Kreisverbände versuchten bürgerliche Parteimitglieder an verschiedenen Orten Sachsen-Anhalts, die Bevölkerung während der Wahl zur Abgabe von Nein-Stimmen zu bewegen. In Osterburg sprach der CDU-Kreisvorsitzende alle ihm bekannten Wähler an und flüsterte ihnen „nein“ zu. In Wernigerode wurde ein LDP-Mann

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ LAM; LL der SED IV/L 2/1/6, Bl. 50.

verhaftet, weil er angeblich Wähler „zwingen“ wollte, mit „nein“ zu stimmen. Auch manche Kirchenmänner äußerten ihre oppositionelle Einstellung in aller Öffentlichkeit: In einem Bürger Wahllokal malte ein Pfarrer vor den Augen der Anwesenden demonstrativ ein großes Kreuz auf den Stimmzettel, bevor er ihn in die Wahlurne steckte.¹⁰⁷ Der Pfarrer der Halberstädter Dominikanerkirche sagte in seiner Predigt am 15. Mai 1949: „Jetzt werden bei uns in Deutschland alle diejenigen bestraft und verhaftet, die sich in den letzten 15 Jahren anständig geführt haben.“¹⁰⁸

Als die Stimmen am Abend des ersten Wahltages ausgezählt wurden, äußerten CDU- und LDP-Mitglieder in mehreren Orten (u.a. in Zeitz, Weißenfels und Bitterfeld) offen ihre Freude über den hohen Anteil von Nein-Stimmen und ungültigen Stimmen.¹⁰⁹ Da sich ein unerwartet schlechtes Ergebnis abzeichnete, wurde auf Veranlassung der Zentralverwaltung des Innern in Berlin ein Großteil der ungültigen Wahlscheine (in der ganzen SBZ zusammen 6,5%) zu gültigen erklärt, indem man nicht angekreuzte oder beschriebene Wahlscheine als Ja-Stimmen zählte. Obwohl diese Vorgehensweise angeblich mit Einverständnis aller Blockparteien erfolgte, verursachte die Entscheidung begreiflicherweise große Wut unter den Vertretern der bürgerlichen Parteibasis. In Zeitz äußerten Gymnasiasten ihre Enttäuschung über den Wahlbetrug, indem sie Sachsen-Anhalts Innenminister Robert Siewert (SED), der zugleich als Landeswahlleiter fungierte, öffentlich beschimpften. Nach Aussage eines Zeitzer SED-Aktivisten wollte ein LDP-Stadtrat „im Wahllokal alles durcheinanderbringen“.¹¹⁰ Die Abteilung Organisation des SED-Landesvorstandes vermerkte dazu:

„In sehr vielen Orten waren die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Wahlvorständen bestrebt, beim Auszählen der Stimmen um jede zweifelhafte ungültige Stimme zu feilschen bzw. möglichst hohe ‚Nein‘-Ergebnisse zu erzielen, so dass der Eindruck entstand, dass sie nur deshalb im Wahlvorstand mitgearbeitet haben. Die Weisung des Innenministers in der Nacht vom 15. zum 16. Mai über die Behandlung der nichtgezeichneten Stimmzettel erregte überall den Widerspruch dieser Herren. Sie haben teilweise ihre Funktion im Wahlvorstand niedergelegt.“¹¹¹

Selbst in kleinen Orten formierte sich stellenweise Widerstand, der in einigen wenigen Fällen sogar Mitglieder der SED und der Massenorganisationen erfaßte. Aus Heimburg, einem Dorf im Kreis Blankenburg, berichteten die eigens angereisten SED-Instrukteure:

¹⁰⁷ Vgl. LAM; LL der SED IV/L 2/5/54, Bl. 29, 166.

¹⁰⁸ Ebd., Bl. 249.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., Bl. 64, 135, 141. IV/L 2/5/53, Bl. 149 f.

¹¹⁰ LAM; LL der SED IV/L 2/5/54, Bl. 64.

¹¹¹ LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 149 f.

„[In] Heimbürg durch Beeinflussung des FDJ-Vorsitzenden Huchtemann, Oberschüler (parteilos), lehnte der Wahl-Vorstand die Durchführung der ministr. [ministeriellen, F.H.] Anordnung ab, mit der Begründung, diese Anordnung sei undemokratisch. Die Genossin des DFD unterstützte Huchtemann sehr stark. Der Ortsvorsitzende nahm keine Stellung zu dieser Anordnung ein. Einschaltung der beiden Kreisvorsitzenden der LDP und CDU. Beide erklärten sich mit Punkt 2, 3 und 4 der Anordnung einverstanden. Punkt 1 sei Wahl-Fälschung. Bisherige Wahl habe ein klares Bild der Verhältnisse geschaffen. Klössingen [CDU-Kreisvorsitzender, F.H.] erklärte, Innenmin. Sievert [sic!] sei ein starker Mann, aber er habe keine Kompetenzen. Wir lehnen Totalität ab. Hier aber ist bereits wieder Totalität vorhanden. In der Kreisratssitzung äusserte Klössingen, dass sie höchstens mit 60% Ja-Stimmen gerechnet haben. Durch Einschaltung des Kreis-Wahl-Ausschusses wurde die Anordnung später durchgeführt.“¹¹²

Analysen der beschriebenen Wahlscheine zeigten, daß viele Wähler den Wahlschein nutzten, um gegen die Politik der SED und die schlechten Lebensverhältnisse zu protestieren. Andere gerieten wegen der Koppelung der Kandidatenliste mit dem Plebiszit über die deutsche Einheit in Gewissenskonflikte und fügten deshalb handschriftliche Bemerkungen hinzu. So hieß es auf vielen Wahlscheinen:

„Ja, aber mit Ostpreussen“

„Ja, wenn wir wieder heimkommen“

„Einheit ja, aber nicht mit den Russen“

„Gewissenszwang“

„Gebt uns mehr zu essen, dann ja“

„Sie bekommen ein ‚Ja‘, wenn sie meinen Mann nachhause schicken“

„Siehe, ihr seid nichts (Jesaja 41,42) - und euer Tun ist auch nichts und euch zu wählen ist ein Greuel“.¹¹³

Als Konsequenz aus dem sich abzeichnenden Debakel wurde am Abend des ersten Wahltages in mehreren Orten eine Neuorganisation des Wahlschleppdienstes vorgenommen, um am nächsten Tag keine Nein-Wähler mehr an die Urnen zu bringen. Im Kreis Blankenburg wurde der Schlepperdienst nur noch „bei positiv eingestellten bisherigen Nichtwählern“ durchgeführt, ebenso in Genthin.¹¹⁴ Der SED-Kreisvorstand Delitzsch kam zu dem Ergebnis: „In Zukunft muß für uns der Schlepperdienst so organisiert werden, dass wir nur solche Leute bringen, wo wir die Sicherheit haben, dass sie uns ihre Stimme geben.“¹¹⁵

¹¹² LAM; LL der SED IV/L 2/5/54, Bl. 148 f.

¹¹³ Ebd., Bl. 25 f., 64, 129.

¹¹⁴ Ebd., Bl. 148 f., 230.

¹¹⁵ Ebd., Bl. 200.

In Halberstadt wandte man sich schriftlich an die bisherigen Nichtwähler, wofür folgender Vordruck verwendet wurde:

„Auch Sie wollen den Frieden, die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag mit Abzug der Besatzungstruppen.

Herr/Frau/Fräulein

Ihre Stimme fehlt noch. Geben Sie Ihrer Meinung Ausdruck! Der Kreisvolksausschuß erwartet Sie in Ihrem Abstimmungslokal:

.....“¹¹⁶

Dem offiziellen Endergebnis der Volkskongreßwahl vom 15./16. Mai 1949 zufolge stimmten 66,1% der Wahlberechtigten in der SBZ mit „Ja“, 33,9% mit „Nein“. In Sachsen-Anhalt lag das Ergebnis mit 71,6% Ja- und 28,4% Nein-Stimmen deutlich über dem Durchschnitt. Das schlechteste Ergebnis war im Kreis Halle zu verzeichnen (61,1% ja bzw. 38,9% nein), das beste im Mansfelder Gebirgskreis (85,1% ja bzw. 14,9% nein).¹¹⁷ Die Abteilung Organisation des SED-Landesvorstandes berichtete, daß in Wahlbezirken mit hohem Arbeiteranteil (Mansfelder Land, Weißenfels, Bitterfeld, Zeitz, Merseburg, Wernigerode, Ballenstedt) überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielt worden seien, ebenso hätten Neu- und Kleinbauern überwiegend mit „Ja“ gestimmt. In den Großstädten, unter Intellektuellen, Angestellten, Gewerbetreibenden, kirchlich gebundenen Wählern und einem Großteil der Vertriebenen aus den Ostgebieten sei das Wahlergebnis deutlich schlechter gewesen.¹¹⁸ Der SED-Landesvorstand suchte nach Gründen für das schlechte Wahlergebnis und machte dabei neben Fehlern in der Vorbereitung etc. auch die graphische Gestaltung des Wahlscheins verantwortlich:

„Aus allen Kreisen des Landes liefen Meldungen bezüglich des Stimmzettels fast gleichlautend ein: „Die vielen ‚Nein‘- und ‚Ungültigen‘-Stimmen sind zum grossen Teil eine Folge des psychologisch falsch entworfenen Stimmzettels. ... Wir sind gewohnt, links anzufangen zu schreiben. Der Nein-Kreis liegt weiter links und wurde demzufolge aus Versehen als Ja-Kreis gewählt. Ausserdem waren viele Wähler der Meinung, dass ‚Nein‘ ‚Kein Krieg‘ heissen soll. Besonders häufig wurden diese Beobachtungen bei Umsiedlern und Insassen des Altersheimes gemacht. Die Aufstellung der Kandidaten auf dem Stimmzettel hätte unterbleiben müssen. Viele Wähler haben mit Nein gestimmt, weil sie mit einzelnen Kandidaten nicht einverstanden waren. Man hätte auf den Wahlzetteln nur eine Entscheidung zwischen Krieg und Frieden verlangen sollen. ...“¹¹⁹

¹¹⁶ LAM; LL der SED IV/L 2/5/54, Bl. 241.

¹¹⁷ Vgl. ebd., Bl. 51.

¹¹⁸ Vgl. ebd., Bl. 25 f. IV/L 2/5/53, Bl. 148 ff.

¹¹⁹ LAM; LL der SED IV/L 2/5/54, Bl. 43 f.

Es dauerte nicht lange, bis die SED angebliche Saboteure aus den bürgerlichen Parteien als die Schuldigen für das enttäuschende Wahlergebnis ausgemacht hatte. Innerhalb der CDU und LDP begann eine Säuberungswelle, es wurden Rede- und Versammlungsverbote verhängt.¹²⁰

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch in Sachsen-Anhalt. In einem Papier des SED-Landesvorstandes vom 27. Mai 1949 fand sich eine Charakteristik der CDU- und LDP-Kandidaten für den Volksrat, wobei von acht CDU-Kandidaten sechs als „fortschrittlich“ eingestuft wurden (darunter Gerald Götting und Prof. Dr. Fascher) und neun von zehn LDP-Kandidaten als zuverlässig galten. Über Dr. Herwegen (2. Landesvorsitzender der CDU, Arbeitsminister) und Anton Miller (CDU-Landesvorstandsmitglied, Fraktionsvorsitzender, Landtags-Vizepräsident) heißt es:

„Dr. Herwegen: Er vertritt innerhalb der CDU den reaktionären Flügel, versteht es aber ausgezeichnet, diese Einstellung zu tarnen.

Anton Miller: ... ist typischer Querulant und Quertreiber. ... Man kann sich nicht auf ihn verlassen.“¹²¹

Auf der Landesfunktionärstagung des Landesvolkskongresses, die am 15. Juni 1949 stattfand, befaßten sich mehrere Redner mit einer Analyse der Wahl. Neben Schuldzuweisungen an die Adresse der bürgerlichen Parteien bezeichnete ein SED-Funktionär aus Zeitz auch die Zeugen Jehovas als Saboteure. Er berichtete, daß die SED in Zeitz die Zentralverwaltung des Innern über den Landesausschuß bitten wolle, die Zeugen Jehovas als Sekte zu verbieten, da sie sich nicht mit religiösen Dingen befaßten, sondern „bewusst als erklärter Gegner der Einheit und des Friedens“ aufgetreten seien.¹²²

Der 3. Deutsche Volkskongreß wählte schließlich einen neuen Volksrat, der sich am 7. Oktober 1949 unter dem Vorsitz von Wilhelm Pieck zur „Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“ erklärte. Damit war die Spaltung Deutschlands auch von östlicher Seite offiziell vollzogen worden.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Forschungsergebnisse Klaus Benders, der die bislang einzige umfassende Arbeit über die Volkskongreßbewegung in der SBZ vorgelegt hat, durch die vorliegende regionalgeschichtliche Untersuchung zur Volkskongreßbewegung in Sachsen-Anhalt bestätigt werden. Erwartungsgemäß handelte der SED-Landesverband Sachsen-Anhalt nach den Vorgaben der Berliner Parteizentrale und behielt die Kontrolle über die von ihm initiierten und dominierten Landes-, Kreis- und Stadtkongresse. Der SED-Landesverband erkannte von Anfang an die innenpolitischen und deutschlandpolitischen

¹²⁰ Vgl. Bender: Deutschland, S. 247 ff.

¹²¹ LAM; LL der SED IV/L 2/5/53, Bl. 152 f.

¹²² LAM; LL der SED IV/L 2/5/54, Bl. 64.

Möglichkeiten, die sich der SED mit der Volkskongreßbewegung eröffneten, ohne selbst in den Vordergrund treten zu müssen. Obwohl sich die CDU und LDP offiziell an der Durchführung der Volkskongresse beteiligten, bleibt nach Sichtung des SED-Parteiarchivs in Merseburg festzuhalten, daß zumindest in Sachsen-Anhalt zahlreiche lokale Funktionäre und viele einfache Parteimitglieder der CDU und LDP sowie kirchliche Kreise in einem Ausmaß Widerstand leisteten und Zivilcourage bewiesen, das bisher unbekannt war. Dennoch konnte weder durch offenen Widerstand, noch durch nominelle Mitarbeit in den Gremien der Volkskongresse eine völlige Ausrichtung der CDU und LDP auf die Ziele der SED verhindert werden. Bürgerliche Kräfte, die sich in der Volkskongreßbewegung engagierten, wurden letztlich zu Statisten bei der von der SED betriebenen Gründung eines ostdeutschen Separatstaates.

Autoren

Frank Hirschinger

Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Inga Grebe

Doktorandin, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Matthias Uhl

Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Robert Grünbaum

Dr. phil., Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Universität Bayreuth

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 3 / 1997

Hermann-Josef Rupieper (Hg.)
Erinnerungen an die Martin-Luther-Universität 1945 bis 1989.
Eine Diskussion mit Zeitzeugen.

Heft 4 / 1998

Mit Beiträgen von Falk Lange, Matthias Uhl, Holger Zaunstock,
Henrik Eberle und Denise Wesenberg.

Heft 5 / 1998

Mit Beiträgen von Andreas Schmidt, Hermann-Josef Rupieper und Isolde Stark.
Im Gespräch: Günter Mühlpfordt.

Heft 6 / 1999

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander Sperk.
Im Gespräch: Santiago Carrillo

Heft 7 / 2000

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Dr. Robert Grünbaum, Inga Grebe und
Matthias Uhl.

ISSN 1433-7886